

BLICKPUNKT BUNDESTAG



März 2/2007
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

www.blickpunkt-bundestag.de

Prinzip Zukunft im Deutschen Bundestag

Nachhaltige Politik für Generationen



Im Heft: Jugendmagazin GLASKLAR 05
Europa und der Deutsche Bundestag

```
InitializeComponent();  
System.Collections.Generic.
```

```
[STAThread]  
static void Main()  
{  
    Application.EnableVisualStyles();  
    Application.SetCompatibleTextRenderingDefault(false);  
    Application.Run(new Form());  
}
```

```
public string arguments;  
public string Arguments  
  
get { return _arguments; }  
set { _arguments = value; }
```

$M_0 = PR \sin \theta$

$$\left[\frac{\partial}{\partial x} \left(\frac{\partial}{\partial x} \right) \right]_y = \left[\frac{\partial}{\partial y} \right]$$

wir sehen

einen Ort, an dem Ideen wachsen und gefördert werden.

Im Microsoft® Innovation Center in Aachen arbeiten Wissenschaftler und Unternehmer gemeinsam an der Entwicklung neuer Technologien. Wir unterstützen den Technologie- und Know-how-Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, damit aus guten Ideen die Innovationen von morgen werden. Erfahren Sie mehr unter www.microsoft.com/germany/potenzial

INHALT

Begegnungen

2 Auszeichnungen und Abschiede

Titel

4 Nachhaltige Politik für Generationen
Prinzip Zukunft im Deutschen Bundestag

Hintergrund

11 Zusammenarbeit auf allen Ebenen
Deutsch-polnische Parlamentsbeziehungen

Tagesläufe

14 Meeresfragen und mehr Europa
Kurt Bodewig, SPD

Inkognito

18 Kölsche Jong und christlicher Sozialist

Menschen

19 Spiel des Lebens
Die Wissenschaftlerin Christine Steinhoff

Details

22 Untergrund-Bewegungen

Debatte

24 Kein Anschluss unter dieser Nummer?
Forum: Außenpolitik der Europäischen Union
30 Nimmt der Aufschwung die Arbeitnehmer mit?
Streitgespräch: Konjunktur und Lohndebatte

Essay

33 Rechtsextreme Parteien in den Parlamenten
von Frank Jansen

Panorama

34 Drei Fragen an Abgeordnete
Monika Grütters, CDU/CSU
34 Buchtipp
Gabriele Lösekrug-Möller, SPD
35 Schneller Draht nach Europa
Report: Verbindungsbüro in Brüssel
36 Ist es nicht egal, welche Eier
im Kuchen sind, Frau Höfken?
Experten: Ulrike Höfken,
Bündnis 90/Die Grünen

Dieser Ausgabe von
BLICKPUNKT BUNDESTAG
liegt das Jugendmagazin
GLASKLAR bei:

GLASKLAR 05 –
Europa und der
Deutsche Bundestag



Titel: Rapsfeld mit Windrädern
in Schleswig-Holstein.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir haben die Welt nicht von unseren Eltern geerbt, sondern nur von unseren Enkeln geliehen.“ Wer den Mut hat, diese häufig strapazierte Floskel über die Lippen zu bringen, hat bis vor Kurzem oft ein abfälliges Lächeln geerntet oder wurde als „letzter Öko“ abgestempelt.



Doch jetzt haben ein schockierender Klimabericht der Vereinten Nationen und eine britische Studie, in der die weltweiten Kosten des Klimawandels auf 5,5 Billionen Euro beziffert werden, die Sorge um die Folgen unserer Lebensweise in unser Blickfeld zurückgebracht. Sogar pathetisches Sinnieren über den Umgang mit der Umwelt ist wieder salonfähig: „Die Erde ist unsere Pflicht – sie ist freundlich, wir eher nicht“, dichtet Herbert Grönemeyer auf seinem gerade erschienenen Album – und trifft damit das neue Bewusstsein.

Grund genug für BLICKPUNKT BUNDESTAG, in der aktuellen Titelgeschichte nachzuforschen, was unser Parlament tut, damit der nächsten Generation sprichwörtlich nicht die Luft wegbleibt. Denn *Nachhaltigkeit*, also die Forderung heute so zu handeln, dass dadurch nicht die Lebensvoraussetzungen der kommenden Generationen gefährdet werden, soll für alle Politikbereiche das Leitbild sein.

Der Blick für das große Ganze ist also gefragt – und trotzdem dürfen die Parlamentarier die vermeintlich kleinen Dinge nicht aus dem Auge verlieren. Warum es einer Abgeordneten nicht egal ist, welche Eier im Kuchen sind, erfahren sie deshalb auch in diesem Heft. Apropos Eier: Frohe Ostern wünscht

Ihre Redaktion



DAS GOTTESBILD

verändert sich, hat der französische Politikwissenschaftler und Soziologe Olivier Bobineau (Mitte) festgestellt und den Wandel im Vergleich einer deutschen und einer französischen Pfarrgemeinde analysiert. Dafür wurde er im Februar von Bundestagspräsident Norbert Lammert (links) und dem französischen Parlamentspräsidenten Jean-Louis Debré in Paris mit dem deutsch-französischen Parlamentspreis ausgezeichnet – ebenso wie der deutsche Historiker Matthias Waechter für seine Arbeit „Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie 1940–1958“. Die Idee für den Parlamentspreis entstand 2003 anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages. Seither verleihen ihn die Parlamente beider Länder gemeinsam und würdigen damit herausragende wissenschaftliche Arbeiten.



Begegnungen im Parlamentsviertel

AUSZEICHNUNGEN UND ABSCHIEDE

Mut zur Erkenntnis

Normalerweise sind im Parlamentsviertel Politikerinnen und Politiker die Handelnden, Medienleute die Beobachter. Dieser Grundsatz gilt ganz besonders für **Robert Birnbaum**, den Parlamentskorrespondenten des Tagesspiegels. Doch heute steht er, der anders als manche seiner Kollegen wenig Aufhebens um sich macht, selbst im Mittelpunkt. Denn Bundestagspräsident **Norbert Lammert** verleiht ihm im Reichstagsgebäude den Medienpreis des Parlaments. Damit der Bundestag nicht in den Verdacht kommt, ihm genehme Berichterstattung auszeichnen zu wollen, ist eine Jury unabhängiger Journalisten mit der Auswahl betraut. Ausschlaggebend für ihre Entscheidung war ein Artikel Birnbaums über die Arbeit eines Untersuchungsausschusses.

Lammert betont, ihm habe die Entscheidung sehr eingeleuchtet: „Robert Birnbaum hat die Begabung, über Dinge zu schreiben, die er kennt, und sie so zu beschreiben, dass sie anderen nachvollziehbar werden.“ **Peter Frey**, der Juryvorsitzende, formuliert sein Lob für den Preisträger etwas burschikoser: „Birnbaum ist ein mutiger Vogel, was sich in seinen Artikeln erfreulich bemerkbar macht.“ Der

Geehrte selbst redet nicht von Mut, sondern von dem Erkenntnisgewinn, den man selbst beim Schreiben hat. Und dass es auch Personen gibt, die sich von ihm unzutreffend charakterisiert sehen: „Es gibt Leute, die nicht einsehen, wie sie sind.“

Am Rande des Empfangs berichtet **Heide Reiss**, Pressefotografin, von einer Privatreise nach Neuseeland. Das sei ein schönes Land für Biker. Da sind ihr Kollege **Achim Melde** und Bundestagsdirektor **Hans-Joachim Stelzl** ganz Ohr. Denn beide sind Mitglieder der Bikergruppe des Bundestages, in der Fotograf Melde der Tour Guide des obersten Parlamentsbeamten ist.

Journalistisches Herzblut

Und noch einmal stehen Journalisten im Mittelpunkt einer Veranstaltung. Im Spiegel-Büro am Pariser Platz geht es um die Verabschiedung von zwei altgedienten Politikbeobachtern, von **Jürgen Leinemann** und **Hartmut Palmer**. Hier kommt es zu einer seltenen Begegnung: Bundeskanzlerin **Angela Merkel** und ihr Vorgänger **Gerhard Schröder**, die sich sonst eher aus dem Weg gehen, begrüßen sich mit einem Händedruck. Schröder hält die Laudatio für Leinemann, und zwar

„umsonst“, wie der sonst für Vorträge gut bezahlte ehemalige Regierungschef mit einem Schuss Selbstironie betont. **Norbert Blüm**, langjähriger Arbeitsminister, gibt in unnachahmlichem Dialekt den Laudator für Hartmut Palmer. Beide Politiker sind sich einig: So sehr Unabhängigkeit für guten Journalismus unabdingbar sei, an journalistischem „Herzblut“ dürfe es dennoch nicht fehlen.

Schnörkellose Sätze

Wie hier geht es bei Ehrungen, Buchvorstellungen und anderen Feierlichkeiten in Berlin meist überparteilich zu. So auch beim Empfang zum 80. Geburtstag des langjährigen Parlamentarier und Regierungsmitglieds **Otto Graf Lambsdorff**. Sehr viele seiner Parteifreunde sind in die Orangerie des Schlosses Charlottenburg gekommen, aber auch alle anderen

Unverwechselbar: **Otto Graf Lambsdorff** ist 80 Jahre alt.



Bundestagsparteien, Stiftungen und viele Organisationen sind vertreten, sogar die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Selbst der Dalai Lama hat seinen Sonderbotschafter mit persönlichen Glückwünschen geschickt.

Hamburgs ehemaliger Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** von der SPD hat die Laudatio für den Mann übernommen, der politisch fast immer auf der anderen Seite stand, selbst zu Zeiten der sozialliberalen Koalition. Er räumt ein, eine solche Würdigung sei immer eine Gratwanderung. Einerseits gebe es die alte katholische Weisheit: „Zu viel Weihrauch schwärzt den Heiligen.“ Andererseits wolle er auch nicht in die Rolle des großen englischen Porträtisten



Querflöte – Instrument für Finanzminister?

Sargent geraten, der einmal gesagt hat: „Jedes Mal, wenn ich ein Porträt male, verliere ich einen Freund.“

Auch Lambsdorff hat zur Begrüßung der vielen Gäste ein passendes Zitat zur Hand. Es sei ja hier nicht wie im Zirkus: „Den Affen kennen alle, der Affe kennt niemanden.“ Er kenne die meisten ja. Wie immer gibt der Graf sich so, wie ihn **Wolfgang Gerhardt**,

früherer FDP-Vorsitzender, charakterisiert: „Klar konturiert in seinen Gedanken und Worten, eher kurze Sätze, präzise ohne Schnörkel, unverwechselbar in seiner physischen Gestalt mit seinem Krückstock.“

Flötentöne statt Finanzen

In kleinerem Rahmen, aber ebenfalls überparteilich besetzt ist eine Ehrung, die sich am Rande einer Sitzung vor den Türen des Plenarsaals abspielt. Zum 60. Geburtstag überreichen dem Sozialdemokraten und Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** ein Freidemokrat und ein Christsozialer eine Querflöte. Die Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, **Otto Fricke**, und des Finanzausschusses, **Eduard Oswald**, wollen dem Jubilar damit helfen, sich noch einen Traum zu erfüllen und ein Instrument zu lernen. Das Geschenk, scherzt Fricke, sei nicht so zu verstehen, dass die beiden Vorsitzenden dem Minister die Flötentöne beibringen wollten. Die Querflöte habe eine andere Symbolik: „Peer Steinbrück liegt häufig genug mit seinen eigenen Leuten quer. Das ist das passende Instrument zum Minister.“

Text: Klaus Lantermann

VERANSTALTUNGSTIPP:

Filmvorführungen im Deutschen Dom

Historische Ausstellung „Wege – Irrwege – Umwege“ des Deutschen Bundestages

Im Rahmen der historischen Ausstellung des Deutschen Bundestages „Wege – Irrwege – Umwege. Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ werden im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt täglich (außer montags) folgende Filme gezeigt:

- Dienstag: „Weltbühne Berlin – Die Zwanziger Jahre“
- Mittwoch: „Berlin unterm Hakenkreuz – Die Dreißiger Jahre“
- Donnerstag: „Bomben auf Berlin – Leben zwischen Furcht und Hoffnung“
- Freitag: „Parlamentarier unter dem Hakenkreuz“; „Berlin unter den Alliierten 1945–1949“
- Samstag: „Berlin im Kalten Krieg – Der Weg in die Spaltung 1949–1961“
- Sonntag: „Der Deutsche Bundestag und seine Präsidenten“; „Der Visionär – Willy Brandt“; „Der Patriot – Helmut Kohl“

Jeweils um 14 Uhr im Kinosaal, Ebene 4. Der Eintritt ist frei.



TERMINE

IM PARLAMENTSVIERTEL

bis 30. März

Landesvertretung Schleswig-Holstein
In den Ministergärten 8

Farbige Debatten. Norddeutsche Realisten im Bundesrat

Ausstellung: Sechs Mitglieder der Künstlergruppe „Norddeutsche Realisten“ arbeiteten im September 2006 im Bundesrat.

Die Gruppe malte dort unter anderem den Plenarsaal, Hallen und Räume sowie den Ehrenhof. Höhepunkt war das Malen während einer Plenarsitzung.

Täglich von 10 bis 18 Uhr
Eintritt frei

25. März, ab 9 Uhr

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

Tag der Ein- und Ausblicke

Der Bundestag öffnet seine Türen für die Öffentlichkeit, mit einem attraktiven Programm, Führungen durch die Gebäude und Infos zur Parlamentsarbeit.

Von 9 bis 24 Uhr (letzter Einlass 23 Uhr)
Eintritt frei

26. März, 20 Uhr

Konzerthaus Berlin
Gendarmenmarkt

50. Jahrestag der Römischen Verträge und deutsche EU-Ratspräsidentschaft

In Europa steckt Musik!

Konzert: Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert ein gemeinsames Musizieren junger Europäer. Zeitgenössische E-Musik, europäischer Jazz sowie Pop- und Rockmusik.

Eintritt 12 Euro
Karten an der Abendkasse und im Vorverkauf: Telefon: (0 30) 2 03 09-21 01

28. März, 19 Uhr

Akademie der Künste
Pariser Platz, Hanseatenweg

Gespräche zu Architektur und Stadt: Gebaute Bilder der Macht.

Podiumsgespräch mit Meinhard von Gerkan, Alexander Hosch, Matthias Sauerbruch, Ole Scheeren;
Gesprächsleitung: Markus Allmann
Eintritt 5 Euro, ermäßigt 3 Euro

27. Mai, 19.30 bis 21.30 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen

Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41

Im Zentrum der Macht am 17. Juni 1953

Zeitzeugengespräch: Fritz Schenk und Werner Klaer berichten vom Volksaufstand in der DDR.

Infos unter Tel.: (0 30) 2 85 34-2 34,
Anmeldung: -108

Prinzip Zukunft im
Deutschen Bundestag

Nachhaltige Politik für Generationen

Lange Jahre galten Klimapolitiker als einsame Rufer in der Wüste, denn so richtig greifbar war die Gefahr der Erderwärmung im Alltag zunächst einmal nicht. Abfall trennen, das versteht jeder. Dass die Sommer ein bisschen wärmer werden, na und? Im Spätherbst im Straßencafé sitzen – wunderbar, da kommt auch zu Hause südliches Flair auf. In diesem Winter, der kein Winter war, ist die Realität bei vielen angekommen. 85 Prozent der Deutschen sehen nach einer Emnid-Umfrage inzwischen die Erderwärmung als „Bedrohung für sich und nachfolgende Generationen“. Die Forderung und Notwendigkeit, für die Lebensqualität unserer Kinder Umwelt und Ressourcen zu schonen, lässt sich auf einen Begriff bringen: Nachhaltigkeit. Sie betrifft alle Lebensbereiche, es geht dabei um den Klimawandel ebenso wie um die Energieversorgung und soziale Fragen. Für den Deutschen Bundestag ist nachhaltige Entwicklung eine echte Querschnittsaufgabe. Denn alle Gesetze sollen dazu beitragen, auch künftigen Generationen die Lebensgrundlagen zu bewahren. BLICKPUNKT BUNDESTAG zeigt, wie das Parlament versucht, die Weichen auf Zukunft zu stellen.



Nie waren die Fakten so erdrückend wie heute. Auf der Basis genauerer Daten als je zuvor lässt der neue UN-Klimabericht kaum Zweifel daran, dass der Klimawandel in vollem Gange ist. In seiner Prognose sagt der UN-Ausschuss IPCC (International Panel on Climate Change) voraus, dass die Temperatur auf der Erde bis Ende dieses Jahrhunderts im besten Fall um 1,1 bis 2,9 Grad Celsius und im schlimmsten Fall um 2,4 bis 6,4 Grad Celsius steigen kann. Flankiert wird die Erderwärmung von einer Erhöhung des Meeresspiegels um mindestens 18 bis 38 Zentimeter, im ungünstigsten Fall sogar bis 59 Zentimeter. Weitere Folgen: schmelzende Poleiskappen, das baldige Ende der Gletscher in den Alpen, die Zunahme von Wetterextremen wie Hitzewellen und Stürmen, die Ausbreitung von Dürregebieten, Wassermangel, Überflutungen, Artensterben und viele andere Phänomene mehr.

Neben natürlichen Ursachen geht die rasante Erderwärmung zu einem guten Teil auf menschliche Aktivitäten zurück. Seit dem Beginn der Industrialisierung überdreht der Mensch die Klimaschraube – vor allem durch den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂), das bei der Energie- und Wärmeerzeugung durch die Verbrennung der fossilen Brennstoffe Kohle und Erdöl entsteht und aus Schornsteinen und Auspuffrohren in die Luft geblasen wird. Fast die Hälfte der weltweiten von Menschen verursachten CO₂-Emissionen gehen auf das Konto der Industrieländer. Die USA liegen beim CO₂-Ausstoß an der Spitze – dicht gefolgt von China, das mit mehr als sieben Millionen Fahrzeugen kräftig mithilft, die Erdatmosphäre

aufzuheizen. Klimaschutz und CO₂-Reduktion stehen mittlerweile ganz oben auf der Agenda der internationalen Politik. Deutschland hat sich dabei auf europäischer und internationaler Ebene zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008 bis 2012 um 21 Prozent gegenüber 1990 verpflichtet.

Aber das wird nicht reichen. Die Politik muss alle Hebel in Bewegung setzen, um das Ruder herumzureißen. Nichtstun könnte teuer werden, sehr teuer sogar. Sir Nicholas Stern, der frühere Weltbank-Chefökonom, erwartet eine Weltwirtschaftskrise, wenn die Ursachen des Klimawandels nicht bekämpft werden. In einem Gutachten im Auftrag der britischen Regierung hat Stern errechnet, dass dann Kosten in einer Größenordnung bis zu 5,5 Billionen Euro auf die Menschheit zukommen. Schon jetzt müsse rund ein Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts – 270 Milliarden Euro – dafür ausgegeben werden, die Erderwärmung zu bremsen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat kürzlich errechnet, dass der Klimawandel allein Deutschland in den kommenden 50 Jahren bis zu 620 Milliarden Euro kosten kann.

Frühwarnsystem Parlament

Für den Deutschen Bundestag kommen diese alarmierenden Befunde nicht überraschend. Bereits vor 20 Jahren nahm die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ im Parlament ihre Arbeit auf. „Diese Kommission hat wertvolle Ursachenforschung über die Wirksamkeit von Treibhausgasen, die Folgen der Zerstörung der Ozonschicht und der Tropenwälder geleistet, aber



Windrad, Kraftwerk, Stromleitungen: Wie erzeugen wir künftig Energie?

auch erstmals umfassende nationale und internationale Maßnahmen zum Schutz des Klimas und der Ozonschicht vorgeschlagen. Ihre Berichte gehören zu den weltweit wichtigsten Vorgaben, auf denen die Klimaforschung aufbauen konnte“, erinnert sich Professor Peter Henricke, heute Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, der neben anderen hochrangigen Wissenschaftlern zu den Sachverständigen der ersten Klima-Enquete gehörte.

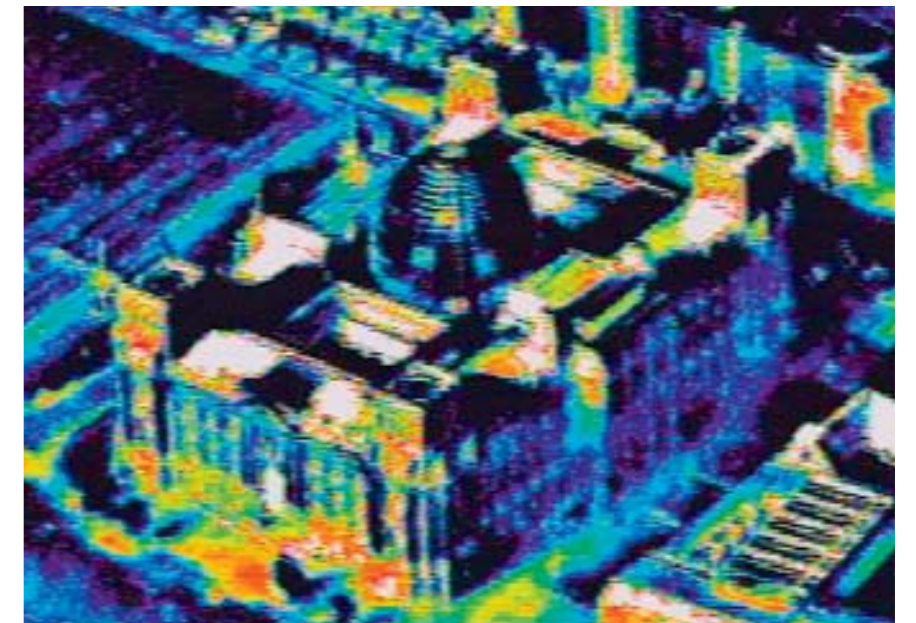
Schon damals war klar: Das Klimaproblem ist eng verbunden mit der Frage nach einer zukunftsverträglichen Entwicklung, die alle Bereiche unseres Lebens erfassen muss. Wie sichern wir beispielsweise unsere Energieversorgung durch eine Umstellung auf erneuerbare Ressourcen und ohne die natürlichen Lebensgrundlagen weiter

auszuplündern? Wie müssen wir heute wirtschaften, arbeiten und konsumieren, damit auch unsere Nachkommen die Voraussetzungen für ein Leben in einer sauberen Umwelt, in Wohlstand und sozialer Sicherheit vorfinden? Wie können wir die beschämend ungleiche Verteilung der Lebens- und Bildungschancen zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen Ländern des Südens verbessern?

Auf dem UN-Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 hat sich die internationale Staatengemeinschaft zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bekannt, der Klimapolitik zum internationalen Durchbruch verholfen und sich mit der Agenda 21 ein globales Aktionsprogramm gegeben, in dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, nationale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung auszuarbeiten.

Gesetze für Generationen

Der Deutsche Bundestag hat vor allem mit den Enquete-Kommissionen „Schutz des Menschen und der Umwelt“, „Globalisierung der Weltwirtschaft“, „Demographischer Wandel“ und „Nachhaltige Energieversorgung“ wichtige inhaltliche und institutionelle Grundlagen für eine Nachhaltigkeitsstrategie geleistet, die im April 2002 unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ beschlossen wurde. Sie beschreibt, in welche Richtung sich



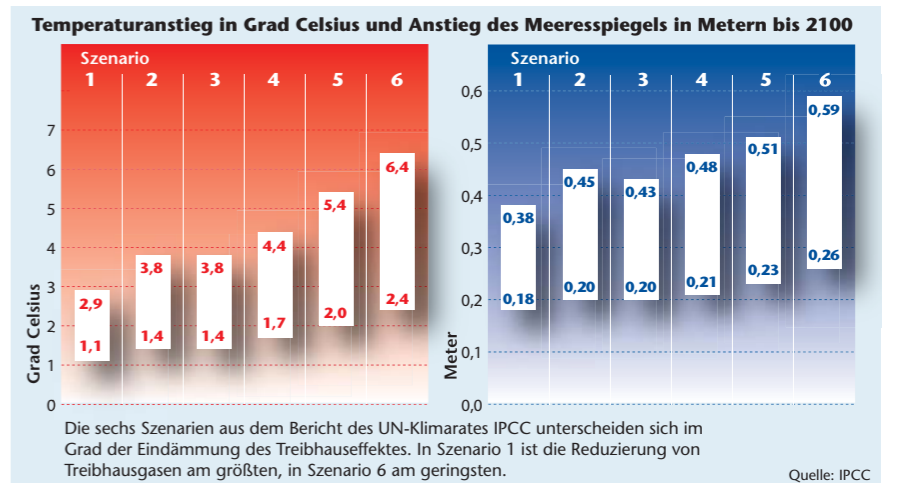
Wärmeluftbild des Reichstagsgebäudes. Wärmedämmung und bedarfsgerechte Erzeugung von Nutzenergie gehören zum Gebäudekonzept.

Deutschland entwickeln soll und welche politischen Weichenstellungen dafür notwendig sind. Bei Klimaschutz und Energiepolitik konnten so gesetzliche Rahmenbedingungen den Bundestag passieren, die den Ausbau erneuerbarer Energien wie Windkraft, Solarenergie und die Biogasnutzung ebenso zur Folge haben wie hohe Energieeinsparungen bei der Gebäudesanierung und den Einsatz effizienter Haustechniken. Die Bundesregierung ist auch der Anregung des Bundestages gefolgt, einen Staatssekretärsausschuss einzusetzen, der alle Politikbereiche an der Nachhaltigkeitsstrategie messen soll. Gleichzeitig wurde ein „Rat für nachhaltige

Entwicklung“ eingerichtet, in dem 18 führende Persönlichkeiten wie Ex-Umweltminister Klaus Töpfer, bis Ende 2005 Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, und Angelika Zahrnt, Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), den gesellschaftlichen Zukunftsdialog vorantreiben.

Im Bundestag wird diese Politik nun schon in der zweiten Wahlperiode vom Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung aktiv begleitet. „Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe, wir müssen alle Gesetze so früh wie möglich unter die Lupe der Nachhaltigkeitskriterien nehmen“, erklärt Michael Kauch, der die FDP als

Wandel des Weltklimas



„Wir sehen uns als Anwälte für die Lebenschancen künftiger Generationen. Wer Prioritäten für die Menschen von morgen setzen will, der muss auch bereit sein, Einschränkungen heute durchzusetzen. Für uns gilt das Prinzip Verantwortung in der Politik.“

Günter Krings (CDU/CSU) Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

„Das Beste ist das Preissignal“

Der Naturwissenschaftler Ernst-Ulrich von Weizsäcker über Instrumente und Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung

INTERVIEW



Blickpunkt Bundestag: Welche Möglichkeiten hat der Deutsche Bundestag, zu einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung beizutragen?

Ernst-Ulrich von Weizsäcker: Der Bundestag hat sich in einer mutigen Entscheidung zum Prinzip gleicher Emissionsrechte für alle Erdenbürger bekannt. Das ist letztlich der einzige Weg, auch die Entwicklungsländer am Klimaschutz zu beteiligen. Wenn es politische Wirklichkeit wird, schafft das gehörigen Druck, auch radikale Maßnahmen anzupacken. Etwa eine gleitend ansteigende Verteuerung der Energie. Dann werden Wirtschaft und Verbraucher die immer noch grassierende Verschwendung schrittweise beenden, im Norden wie im Süden. Dann kommt eine neue Technikgeneration zum Durchbruch: Autos, die nur noch zwei Liter pro hundert Kilometer brauchen, Häuser ohne Heizkosten, Lampen mit einem Zehntel des heutigen Stromverbrauchs, eine Landwirtschaft, die mehr Energie produziert als verbraucht.

Blickpunkt: Die Staaten der EU haben erhebliche Anstrengungen in Richtung CO₂-Reduzierung und umweltverträgliche Produktion unternommen. Werden diese Erfolge nicht durch den enormen Umweltverbrauch in den aufstrebenden Schwellenländern wie China und Indien wieder zunichte gemacht?

von Weizsäcker: Wir haben zwar die Schadstoffe weitgehend verbannt, aber der Ressourcenverbrauch pro Kopf hat praktisch nicht abgenommen. China und Indien verbrauchen pro Kopf viel weniger als wir. Es wäre arrogant, wenn wir das Problem dort suchen. Aber natürlich gibt es auch vieles, was wir gemeinsam unternehmen können, damit Chinesen und Inder nicht sämtliche Fehler nachmachen, die wir vor 50 Jahren gemacht haben, etwa den Verkehr von der Schiene auf die Straße und in die Luft zu verlagern.

Blickpunkt: Wie kann die internationale Staatengemeinschaft die größten Klimasünder in die Pflicht nehmen?

von Weizsäcker: Das Beste ist das Preissignal. Wir haben in der EU, und darauf dürfen wir stolz sein, den Emissionshandel eingeführt. Momentan sind zwar die Emissionspreise sehr niedrig, aber das ändert sich auch wieder. Eleganter als die verwaltungsmäßig aufwändigen Emissionslizenzen ist die ökologische Steuerreform: Arbeit muss billiger, Energieverbrauch teurer werden. Geschieht das langsam und langfristig vorhersehbar, werden Investoren, Ingenieure und Konsumenten die Energieeffizienz ansteuern.

Professor Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Jahrgang 1939, ist Dekan der Bren School of Environmental Science and Management der University of California. Von 1998 bis 2005 war er Mitglied des Bundestages, 2000 bis 2002 Vorsitzender der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderung und Antworten“ und ab 2002 Vorsitzender des Umweltausschusses.



Irreparable Schäden: Abholzung von Regenwald auf den Philippinen.

Obmann im Beirat vertritt. „Das ist ein Zukunftsthema mit langfristiger Wirkung, das in den Fachausschüssen des Bundestages noch nicht ausreichend zum Zuge kommt. Dabei haben wir eine ausgleichende Funktion, weil wir immer möglichst viele Aspekte im Blick haben.“ Der Abgeordnete legt Wert darauf, die Arbeit der Bundesregierung, etwa die Strategien und die Indikatoren, die nachhaltige Entwicklungsprozesse dokumentieren, genau zu verfolgen. Ein Beispiel ist etwa der Flächenverbrauch, also der Umfang täglich neu bebauter Fläche, der auf 30 Hektar pro Tag reduziert werden soll. Bis vor ein paar Jahren wurden in der Bundesrepublik noch 120 Hektar pro Tag zugebaut, durch die immer neue Ausweisung von Bauflächen und immer neue Straßen. So sinnvoll die Reduzierung ist – Kauch hält ein Umdenken in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für angebracht: „Es geht nicht vorrangig mehr um den absoluten Flächenverbrauch, sondern darum, wie wir die Zerschneidung zusammenhängender Landschaften verhindern und die Renaturierung anderer Flächen fördern können.“

Wie wirken sich neue Gesetze für künftige Generationen aus? Die Gesetzesfolgenabschätzung, der Nachhaltigkeitscheck für die Qualität der Rechtsvorschriften, ist ein wichtiges Aufgabenfeld des Beirats. Dabei



Grasski auf über 2.000 Meter Höhe. Mit Schneemangel hatten in diesem Winter viele Wintersportorte in den Alpen zu kämpfen.

konzentrieren sich die Abgeordneten in dieser Wahlperiode besonders auf die Themen „Demographischer Wandel und Infrastruktur“ und „Generationengerechtigkeit“, sie führen Anhörungen durch und lassen sich von Experten beraten. „Ein Schwerpunkt ist die Infrastruktur im ländlichen Raum. In den dünn besiedelten Flächen Ostdeutschlands beispielsweise geht es um die Erhaltung der Dörfer, um die medizinische Versorgung und um die Zukunft der Schulen“, sagt Lutz Heilmann. Der Jurist aus Lübeck ist im Beirat Obmann der Fraktion Die Linke.

Internationale Zusammenarbeit ist ihm wichtig. „Wir nutzen jetzt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, um uns mit unseren Kollegen im EU-Parlament und international zu vernetzen“, erklärt Heilmann. So könne man

voneinander lernen und sich darüber informieren, wie die EU endlich den Kohlendioxidausstoß durch den Straßenverkehr reduzieren will, nachdem die freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilhersteller de facto gescheitert sei.

Fachleute aller Ausschüsse
Bis Ende 2020 will die EU den Anteil erneuerbarer Energien aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse auf 20 Prozent anheben. Nachdem es in Deutschland schon erfolgreich gelungen ist, die erneuerbaren Energien zu einer ernsthaften Größe zu entwickeln, sieht der Volkswirt Gerhard Schick, Obmann der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Beirat, nun einen besonderen Schwerpunkt beim zukunftsfähigen Wirtschaften. „Nach der Energie

müssen wir auch die Automobilindustrie in den Blick nehmen und auf spritsparende Autos und alternative Antriebe drängen. Grüne Marktwirtschaft, das sind aber auch die kleinen Handwerksbetriebe, die materialeffizient wirtschaften sollten und so sparen und Modernisieren unter einen Hut kriegen.“

Um die praktische Ebene geht es auch seinem Beiratskollegen Matthias Miersch, Obmann von der SPD-Fraktion. „Das muss erlebbar und fühlbar sein. Nachhaltigkeit darf kein beliebiges Thema in Sonntagsreden sein. Zu Demographie und Infrastruktur gehören zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser in den Kommunen, in denen Menschen Nachhaltigkeit leben können. Das müssen wir in unsere Planungen einbeziehen.“ Solche Häuser

Das Energiekonzept des Bundestages

Das Reichstagsgebäude und die umliegenden Bundestagsbauten sind mit umweltschonender und ressourcensparender Technik ausgestattet. Im Reichstagsgebäude sorgt in der Mitte der Glaskuppel der rüsselförmige Trichter mit seinen 360 Spiegeln für die Nutzung des Tageslichts im Plenarsaal. Fotovoltaikanlagen auf dem Süddach des Reichstagsgebäudes und auf den Dächern des Paul-Löbe- und des Jakob-Kaiser-Hauses dienen als saubere Stromquelle. Kernstück des Ökokonzepts sind

die Blockheizkraftwerke. Ihre Motoren arbeiten mit Biodiesel, der aus Raps gewonnen wird. Nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung wird die bei der Stromerzeugung entstehende Abwärme zum Heizen der Parlamentsgebäude genutzt. Durch diese Technik können die Kraftwerke für die Parlamentsbauten rund 50 Prozent der Elektroenergie und 100 Prozent der Wärme und Kälteenergie liefern.

www.bundestag.de/bau_kunst/bauwerke



Stau in Peking. China steht vor der Massenmobilisierung, der Anstieg der Neuzulassungen liegt bei über 20 Prozent pro Jahr.

schaffen einen öffentlichen Raum des Miteinanders in Anknüpfung an frühere familiäre und nachbarschaftliche Tradition, insbesondere um das Potenzial älterer Menschen einzubringen und die junge Generation zu unterstützen.

Miersch und seine Kollegen schätzen besonders die gute Zusammenarbeit abseits vom alltagspolitischen Schlagabtausch. „Im Beirat sind nicht nur Abgeordnete aller Fraktionen vertreten. Weil hier Vertreter aller Ausschüsse zusammensitzen, können wir die vielen Aspekte unserer Schwerpunktthemen verknüpfen und Vorschläge für konkrete Maßnahmen in den Bundestag einbringen.“ Diese fachübergreifende Sicht wird auch

wichtig sein, wenn sich der Beirat frühzeitig in den Prozess der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einbringt, zu der die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Fortschrittsbericht vorlegt.

Staatsziel Nachhaltigkeit

Dabei wird das Parlament mit eigenen Ideen und einem eigenen Profil hervortreten, wie CDU/CSU-Obmann Andreas Scheuer deutlich macht. „Wir Parlamentarier zeigen uns neben der Bundesregierung sehr selbstbewusst in der Formulierung der Nachhaltigkeitsziele. Schließlich geht es um langfristige Entwicklungen weit über den nächsten Wahltag hinaus – und nicht zuletzt auch um die finanziellen

Auswirkungen von politischen Entscheidungen. Im Beirat gibt es keine heiligen Kühe, denn viele von uns jungen Abgeordneten werden sich im Jahr 2020 fragen lassen müssen, ob sie im Sinne unserer Nachkommen entschieden haben“, sagt der junge Politologe.

„Generationengerechtigkeit im Grundgesetz verankern“, fordern nun etwa 100 meist junge Abgeordnete in einem interfraktionellen Antrag, der in Kürze in erster Lesung im Bundestag beraten werden soll. Der schleppende Schuldenabbau des Staates, die Überlastung der Sozialversicherungssysteme sowie Raubbau an natürlichen Ressourcen gingen zu Lasten der künftigen Generationen. Auch mehr Investitionen in Bildung und Forschung fordern die jungen Abgeordneten. Die Aufnahme der Staatsziele „Generationengerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ und die entsprechende Änderung der Artikel 20 und 109 des Grundgesetzes soll, so die Absicht, den Gesetzgeber und alle anderen Staatsgewalten darauf verpflichten, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik und Gesellschaft zu verwirklichen.

Text: Marianne Wollenweber

i Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Informationen auf der Website des Bundestages:
www.bundestag.de/parlament/gremien/parl_beirat

Was ist Nachhaltigkeit?

Der Begriff Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft: Wer so viele Bäume fällt, wie nachwachsen können, sorgt dafür, dass der Wald für die künftige Nutzung zur Verfügung steht und auf Dauer seinen Wert behält. Man kann auch sagen: Es ist nachhaltig, von den Zinsen zu leben, statt vom Kapital. Es ist nachhaltig, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, die Wirtschaft durch mehr Umweltschutz und innovative Technologien voranzubringen und dabei gleichzeitig Wohlstand und sozialen Fortschritt zu sichern.

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission), 1987



Der polnische Sejm (oben) und der Bundestag wollen ihre Beziehungen vertiefen.



Deutsch-polnische Parlamentsbeziehungen

Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Nach dem Vorbild der engen Beziehungen des Deutschen Bundestages und der französischen Nationalversammlung wollen auch die Parlamente Deutschlands und Polens zu einer fest gefügten Zusammenarbeit kommen. Zu den ersten Schritten auf diesem Weg gehören gemeinsame Sitzungen der Präsidien beider Parlamente. Nach ihren Begegnungen in der Grenzstadt Slubice im Oktober 2004 und jetzt Anfang März in Berlin wollen die beiden Gremien sich künftig regelmäßig einmal im Jahr treffen.

Mit der regelmäßigen Zusammenarbeit verbindet sich nach den Worten von Bundestagspräsident Norbert Lammert die gemeinsame Überzeugung, dass für die künftige Entwicklung der Europäischen Union das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen eine ähnliche Schlüsselrolle spielen wird wie das deutsch-französische Verhältnis für den westeuropäischen Integrationsprozess. Lammert und sein polnischer Kollege Marek Jurek sind fest entschlossen, ihre Kontakte auszubauen und auch dabei zu helfen, den jeweiligen Nachbarn besser zu verstehen. Unausgesprochen steht dahinter der Gedanke: Wenn es auf der Ebene der Regierungen einmal knirscht, dann müssen die Parlamente der beiden Nachbarstaaten sich umso intensiver um einen engeren Austausch bemühen.

Die Parlamentspräsidenten geben sich dabei alle Mühe: Drei Mal innerhalb von nur drei Wochen sind sie in diesem Frühjahr zusammengekommen. Schon Mitte Februar hatte der Bundestagspräsident bei einem offiziellen Besuch in Warschau neben Tref-

fen mit Präsident Lech Kaczyński und Ministerpräsident Jaroslaw Kaczyński ein Gespräch mit seinem Amtskollegen Marek Jurek, dem Marschall des Sejm. Dabei ging es auch um die gemeinsame Sitzung der Präsidien am 6. März in Berlin. Zwischen diesen beiden Terminen hatten sich die beiden Politiker in Stettin bei einer Fotoausstellung zu Skulpturen des deutschen Bildhauers Bernhard Heiliger getroffen, der in dieser ehemals deutschen und heute polnischen Stadt geboren ist.

Die gemeinsame Vergangenheit bietet viele solcher Berührungspunkte. Doch in jüngster Zeit hat sie erneut für Spannungen gesorgt. Deshalb stellt sich nach den Worten Lammerts als zentrale Frage: „Wie sehen wir, Deutsche und Polen, jeweils unsere gemeinsame Geschichte? Und: Haben wir die Fähigkeit, auch den Blick des anderen wahrzunehmen, ihn vielleicht sogar in die eigene Orientierung aufzunehmen?“

Genau diesem Thema soll sich das erste Projekt der Zusammenarbeit der Parlamente beider Länder widmen: Noch in diesem Herbst wollen Mit-

glieder der beiden Parlamente zusammen mit Historikern und Publizisten auf einer Tagung im niederschlesischen Dorf Kreisau (Krzyszowa) über die gemeinsame Geschichte und Versöhnung debattieren. Dahinter steht, wie Lammert formuliert, die gemeinsame Einsicht: „Erstens, dass es bei gleichen Ereignissen unterschiedliche Wahrnehmungen gibt, und zweitens, dass wir darüber dringend reden müssen.“

Vielfältige Kontakte

Der vom polnischen Parlamentspräsidenten vorgeschlagene Tagungsort weckt Erinnerungen: Hier hatte 1940 Helmuth James Graf von Moltke eine wichtige Widerstandsgruppe gegen Hitler ins Leben gerufen, hier hatten sich 1989 nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa die beiden Regierungschefs Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl in einem gemeinsamen Gottesdienst zum Zeichen der Versöhnung umarmt. Heute begegnen sich im ehemaligen Gutshof der Familie von Moltke, der zu einer internationalen Begegnungsstätte und einer Akademie umgebaut wurde, Menschen aus verschiedenen Ländern. Kein schlechter Ort für deutsch-polnische Beschäftigung mit der gemeinsamen Geschichte.

Die Beziehungen der beiden Parlamente sind aber nicht auf Präsidiumssitzungen und Konferenzen beschränkt. Vor allem die Parlamentariergruppen pflegen intensiv die nachbarschaftlichen Beziehungen. Markus Meckel (SPD), der Vorsitzende der bereits 1987 gegründeten Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe, berichtet, sie trafen sich mit der Polnisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des Sejm in der Regel einmal im Jahr, wenn keine Wahltermine dazwischenkommen. Außerdem hätten sie seit 1994 mit ihren Partnern vier Konferenzen in Grenznähe abgehalten, das letzte Mal zusammen mit den Tschechen in Zittau.

Dass solch reger Kontakt politische Früchte trägt, zeigen gemeinsame Erklärungen auch zu umstrittenen Themen. So beschlossen beide Gruppen bei ihrem letzten Treffen im Dezember 2006 ein Papier, das von deutschen Entschädigungsforderungen über das Verhältnis der EU zu Russland und die

Energiesicherung bis hin zum Plan der Europäischen Kommission reichte, die Wodkakerstellung in der EU zu vereinheitlichen. Meckel ist sich aber bewusst, dass solche gemeinsamen Erklärungen nur eine sehr begrenzte Reichweite haben. In ihrer Erklärung forderten die beiden Parlamentariergruppen auch, die parlamentarischen Kontakte sollten gerade auch auf der Ebene der Fachausschüsse verstärkt werden, „besonders da, wo es Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern gibt“.

Regelmäßige institutionalisierte Kontakte, wie sie mit Ausschüssen der französischen Nationalversammlung gepflegt werden, sind aber mit dem Sejm noch nicht zustande gekommen. Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, versucht, dies durch persönliche Kontakte auszugleichen. Seine erste Auslandsreise nach seiner Wahl zum Ausschussvorsitzenden führte ihn nach Polen. Er pflegt gute Kontakte zu seinem Kollegen im Sejm, Pawel Zalewski, der der PiS, der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ der beiden Kaczyński-Brüder, angehört. Polenz sagt, weil Polen unser wichtigster Partner im Osten sei, sei auch der Bundestag gut beraten, sich um möglichst intensive Beziehungen zu seinen Kollegen im Sejm zu bemühen.

Europa voranbringen

Genauso sieht das Matthias Wissmann, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union. Er betont, Deutschland und Polen seien wichtige Partner im Rahmen der europäischen Integration. „Leider ist in mancher Aufgeregtheit der letzten Monate die Stimme leiser geworden, die uns sagt, dass beide Länder eine gemeinsame Entwicklung in Europa wollen und gemeinsame Ziele verfolgen. Vielleicht können wir als Dreigespann Frankreich-Deutschland-Polen Europa wieder einen entscheidenden Schritt voranbringen.“

Wissmann erinnert daran, dass die Europaausschüsse der Assemblée Nationale und des Bundestages in regelmäßigen Abständen zu gemeinsamen Sitzungen zusammenkommen und auch gemeinsame europäische



Bundestagspräsident Norbert Lammert begrüßt seinen polnischen Amtskollegen Marek Jurek zur gemeinsamen Präsidiumssitzung am 6. März in Berlin.

Im November tagen die Präsidien der beiden Parlamente in der Jugendbegegnungsstätte Schloss Kreisau (Bild oben). Darunter: Plenum des Sejm.



Initiativen auf den Weg bringen. „Ein ähnlich gutes Verhältnis möchten wir zukünftig mit unseren polnischen Partnern erreichen.“

Die regelmäßigen Kontakte, die die Präsidien nun begonnen haben und die die Ausschüsse noch anstreben, gehören bei den Mitarbeitern von Bundestag und Sejm bereits seit 15 Jahren zur Tagesordnung. Seit 1992 reisen jeweils zwei bis drei von ihnen für eine Woche zum Nachbarn, um dort die parlamentarischen Abläufe kennenzulernen.

Bereits seit 1990 läuft das Stipendiatenprogramm des Bundestages mit Polen, an dem schon 77 Hochschulabsolventen aus dem Nachbarland teilgenommen haben. Jeweils fünf Monate lang lernen sie die Arbeitsweise des deutschen Parlaments und seiner Abgeordneten sowie das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Bundesrepublik Deutschland kennen.

Dieses vom Bundestag ins Leben gerufene Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) steht Gästen aus 25 Ländern offen. Aber in nur zwei

Ländern wurde nach seinem Vorbild ein vergleichbares Programm aufgelegt. Die Assemblée Nationale vergibt seit 1991 solche Stipendien für deutsche Hochschulabsolventen. Und seit diesem Jahr können sie sich auch um ein vergleichbares Stipendium des Sejm bewerben. Die ersten fünf jungen Akademiker aus Deutschland sind schon nach Warschau abgereist.

Text: Klaus Lantermann

i Der Sejm bildet zusammen mit der zweiten Kammer, dem Senat, das polnische Parlament. Der Sejm hat 460 Sitze und wird alle vier Jahre neu gewählt. Seine Abgeordneten verabschieden Gesetze, die vom Senat angenommen, geändert oder abgelehnt werden können, wobei der Sejm den Senat mit absoluter Mehrheit überstimmen kann. Website der polnischen Volksvertretung: www.sejm.pl

Kurt Bodewig redet gern über das Projekt Europa und er glaubt daran, dass es gut, richtig und wichtig ist, sich dafür einzusetzen.



Meeresfragen und mehr Europa



Möwen sind sehr gesellige Wesen. Und laut sind sie auch. Sie kreischen, zetern, lachen, krächzen, jaulen, klagen und schön klingt es fast nie. Aber immer klingt es nach großer, weiter Welt. Das ist ein wenig seltsam.

Wenn man in Hamburg auf dem großen Platz vor dem altherwürdigen Rathaus steht und den Fehler macht, ein paar Brotkrumen in die Luft zu werfen, ist man schnell das Ziel eines wahren Möwengeschwaders. Touristen tun so etwas gern. Und Einheimische tun dann so, als hätten sie alle Vögel als Attraktion für die Besucher bestellt. Hamburg ist eine Weltstadt, in der jeder Straßenmusiker den Gassenhauer „La Paloma“ spielt, zu dem das Kreischen der Möwen immer passt. In der Weltstadt Hamburg wird oft über weltweite Angelegenheiten geredet. Über das Meer zum Beispiel und europäische Meerespolitik.

Kurt Bodewig kommt mit einbrechender Dunkelheit in die Hansestadt, da hat er nicht mehr viel von den Möwen und von Möwen verwöhnten Touristen. Der 51-jährige SPD-Bundestagsabgeordnete ist als Sachverständiger geladen. Nicht in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, sondern als Vorsitzender des Baltic Sea Forums, einer internationalen Vereinigung Nord- und Osteuropas.

Eingeladen hat der Europaausschuss der Hamburger Bürgerschaft. Sieben Sachverständige sollen über verschiedene Aspekte der Europäischen Meerespolitik reden. Es geht um maritime Wirtschaft, Klimawandel, Deichbau und Hochwasserschutz, Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens, EU-Programme zur interregionalen Kooperation, den Zustand der Meere, die Fischerei, Wasser-rahmenrichtlinien, Offshore-Anlagen, Schiffbau – um das halbe Leben also. Zumindest in einer Hanse- und Hafenstadt.

Ausgangspunkt der Anhörung ist das sogenannte „Grünbuch“ mit dem Titel „Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“. Dieses Dokument hat die Europäische Kommission erarbeitet und zur Diskussion gestellt. Wenn



Hamburger Bürgerschaft

die öffentliche Debatte abgeschlossen ist, wird es ein „Weißbuch“ geben, in dem viel und viel Wichtiges zur künftigen europäischen Meerespolitik steht. Dann stünde die Bewirtschaftung der Ozeane und Meere auf solider Grundlage. Das sagt der Europäische Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten.

Europa ist von vier Meeren und zwei Ozeanen umgeben. Man kann das Thema Meerespolitik also nicht überschätzen. 68.000 Kilometer Küste gehören zum Kontinent Europa, kein Mensch lebt hier mehr als 700 Kilometer vom Meer oder vom Ozean entfernt. Kurt Bodewig redet während der Anhörung über die Chance, die sich mit dem vorgelegten Grünbuch für eine integrierte Meerespolitik eröffnet. Er spricht über Schiffbau und Sicherheitsstandards, über seegestützten Verkehr und Welthandel. Er sagt, eine Stadt wie Hamburg habe große Chancen, auch künftig zu prosperieren und die EU-Meerespolitik sei ein Motor und eine Garantie für gute und vernünftige Entwicklungen.

Vier Stunden später sitzt der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Neuss wieder im Zug nach Berlin. Auf dem Bahnsteig trifft er eine Fraktionskollegin, mit der er später im Zug einen



Antrag bespricht. Er macht keinen müden Eindruck an diesem Abend, obwohl es ein langer Tag war. Die Hamburger Möwen schlafen wahrscheinlich schon längst. Satt von den Brosamen der Touristen und zufrieden mit dem ganzen Tag. Das ist aber nur eine Vermutung.

Der Abgeordnete Bodewig sagt, er sei eigentlich eher ein Frühmensch, aber in der Politik müsse man sich halt auch an lange Arbeitstage gewöhnen, die erst spät in der Nacht enden. Als Sohn eines Bäckers habe er früher morgens immer Brötchen ausgetragen und einen viertel Pfennig pro Brötchen verdient. Sechs Uhr am Morgen sei er losgegangen, so zeitig begannen die Tage heute meist nicht mehr.



Meerespolitik in Europa

Ein paar Tage später ist Kurt Bodewig an einem ganz anderen Ort in Sachen Europa unterwegs. Am 22. Januar findet der EU-Projekttag statt. Es war ein Beschluss der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten, einen solchen Tag zu gestalten. Seit dem 1. Januar 2007 hat Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union. Das ist Anlass für den Projekttag gewesen. Das Anliegen war, mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen. Und die Idee, dass Politikerinnen und Politiker mit den Jugendlichen über Europa reden. Auf Augenhöhe. Ein guter Gedanke.

Kurt Bodewig ist also am 22. Januar im Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen. Genauer in Grevenbroich. Hier gibt es die Käthe-Kollwitz-Gesamtschule – die „freundliche Teamschule“. Sie besteht aus drei Häusern, dem Haus der Kinder für die Klassen 5 bis 7, dem Haus

diskutieren will. Das wollen sie auch. Es gibt noch immer mehr Fragen als Antworten. Und heute wird man Fragen stellen können und vielleicht Antworten bekommen. Mal schauen.

Kurt Bodewig ist pünktlich, er trägt einen dunkelblauen Anzug und eine rote Krawatte und wird vom Schulleiter Ulrich Freiherr von Medem begrüßt. „Abgeordneter kann jeder von euch werden“, sagt der Schulleiter und es klingt wie eine Verheißung. „In ein paar Jahren“, sagt er auch, „werden wir Gott sei Dank alle zuerst Europäer sein und dann Deutsche.“ Das klingt auch wie eine Verheißung.

Kurt Bodewig schlägt vor, zuerst eine kleine Wissensrunde zu machen. Dank PowerPoint und bester Technik gestaltet sich die Runde multimedial. Bodewig erzählt zuerst noch, dass er hier in dieser Schule viele Wahlsonntage als Wahlhelfer verbracht habe. Und dass er als Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union schon 25 europäische Länder bereist habe. Die Slowakei und Malta fehlten noch.

Danach werden Fragen und Bilder an die Wand geworfen. Wie viele



Mitgliedsstaaten hat die EU, wann wurde sie gegründet, wofür gibt die EU das meiste Geld aus, wie viel Personal beschäftigt sie, wofür stehen die zwölf Sterne, wann ist der Europatag, welches Motto hat sich die EU gegeben? Die Antworten: 27, vor fünfzig Jahren, Landwirtschaft, 12.000, das Symbol der Vollständigkeit, der 9. Mai, in Vielfalt vereint. Alle Antworten kommen aus den Reihen der Schülerinnen und Schüler. Das sei ziemlich beeindruckend, sagt Kurt Bodewig und leitet zur Diskussion über. Die gestaltet sich noch beeindruckender.

Den Einstieg macht ein Schüler mit der Frage, wozu man in Europa noch eine Verfassung brauche, wenn sich doch alle Staaten an die Kopenhagener Kriterien halten müssten. Werde durch Europäisches Recht nicht Landesrecht gebrochen, fragt ein anderer Schüler und eine Schülerin will wissen, warum es in Deutschland keine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung gegeben habe. „Vielleicht hätte das Volk ja Nein gesagt.“ „Wir leben in einer repräsentativen Demokratie“, versucht ein anderer Schüler gleich selbst die Erklärung und Kurt Bodewig spricht darüber, wie schlecht es für die EU wäre, machte sie sich handlungsunfähig, weil jeder Beschluss und jedes Vorhaben durch das Veto eines Landes ausgehebelt werden könne.

Gesamtschule Grevenbroich



Bundesweiter EU-Projekttag

„Wir merken heute bei vielen Dingen und alltäglichen Angelegenheiten gar nicht mehr, dass sie das Ergebnis europäischer Politik sind. Wir sind Nutznießer vieler europäischer Regelungen.“ Wenn man den Pass nicht mehr brauche, um in ein anderes europäisches Land zu fahren, in vielen Ländern mit der gleichen Währung bezahlen. „Wie konkret ist denn Europa?“, fragt Kurt Bodewig und nennt Beispiele. Telefonieren sei billiger geworden, Flüge seien preiswerter zu haben. „Aber ich scheue auch die großen Worte nicht. Wir sollten alles tun, um unsere Welt friedlicher und demokratischer zu machen. Europa ist eine große Chance.“ Sagt Kurt Bodewig.

Mehr als zwei Stunden dauert die Debatte mit dem SPD-Abgeordneten. Sie ist gut und anstrengend. Sie vermittelt den Eindruck, dass man über Europa reden kann. Miteinander, gegeneinander, streitbar, übereinstimmend, kontrovers, interessant.

Kurt Bodewig hat sich angestrengt. Der Applaus am Ende ist mehr als eine Höflichkeitsgeste und klingt wie eine letzte Verheißung an diesem Tag. Man kann ja weiterdiskutieren. Über Europa. Es scheint sich zu lohnen.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



i Kurt Bodewig (SPD)
kurt.bodewig@bundestag.de
www.kurt-bodewig.de

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union
europaausschuss@bundestag.de
www.bundestag.de/ausschuesse/a21

Baltic Sea Forum
www.baltic-sea-forum.org

2/2007 Blickpunkt Bundestag 17



Kölsche Jong und christlicher Sozialist

Wer war's? fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte Deutschlands eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Im zerbombten Köln sammelt zwei Monate nach Kriegsende ein 26-jähriger ehemaliger Leutnant erste politische Erfahrungen: Im Meistersaal des schwer beschädigten Kolping-Hauses erlebt er mit, wie 18 Politiker der katholischen ehemaligen Zentrumspartei über die Zukunft des Landes debattieren und schließlich ein Papier mit dem Titel „Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes“ verabschieden. Ihr Ziel ist eine überkonfessionelle christlich-demokratische Partei, die die überkommene politische Spaltung der Christen in Deutschland überwinden soll.

Der Zuhörer auf einem der hinteren Plätze ist ein echter „Kölsche Jong“, hier geboren und aufgewachsen. Das Gymnasium hat er 1933 verlassen müssen, als sein Vater seine Stelle als Hauptgeschäftsführer des katholischen Kolping-Werks verlor und arbeitslos wurde. So absolviert der Sohn eine kaufmännische Lehre, wird 1938 zum Arbeitsdienst und dann zur Wehrmacht eingezogen und vor Moskau durch einen Lungensteckschuss schwer verwundet.

Bei dem Treffen in der Kölner Breiten Straße, das später als Gründungsversammlung der CDU im Rheinland in die Geschichte eingeht, spielt der junge Mann noch keine Rolle. Doch die Grundsätze der neu entstehenden Partei – Menschlichkeit, christliche Toleranz und ein starkes soziales Gefühl – haben ihn gepackt. Einer der Kernsätze des damals diskutierten

Programmentwurfs lautet: „So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund auf widersprechen.“ Diesem „christlichen Sozialismus“ wird er in einem langen Politikerleben verpflichtet bleiben.



Unser Kandidat erhält von Bundespräsident Lübke die Ernennungsurkunde zum Minister.

Er engagiert sich vor allem in den gewerkschaftsnahen Sozialausschüssen der Partei – mit privaten wie beruflichen Folgen: 1949 heiratet er Elisabeth, die Tochter von Jakob Kaiser, der die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in der CDU mit ins Leben gerufen hat. Ein Jahr später wird er deren Hauptgeschäftsführer. Seit 1950 ist er auch Stadtverordneter in Köln, bis er 1957 von seinen Mitbürgern als Direktkandidat in den Deutschen Bundestag gewählt wird.

Bundespolitisch tritt er ins Rampenlicht, als er 1963 Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demo-

kratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in der CDU wird. Obwohl diese Gruppierung in der Partei nur eine Minderheit vertritt, gelingt es ihr immer wieder, ihren sozialpolitischen Positionen Gehör zu verschaffen. So sind die Sozialausschüsse und ihr Vorsitzender treibende Kraft bei der Vermögensbildung für Arbeitnehmer, beim Arbeitsförderungs-gesetz, der Kriegsopferversorgung und bei der Dynamisierung der Renten.

Mit dem Eintritt ins Bundeskabinett 1965 kann er als Minister für Arbeit und Sozialordnung noch entschiedener für seine Vorstellungen eintreten, notfalls auch einmal mit Hilfe einer Rücktrittsdrohung. Seinen Grundsätzen gemäß wirbt er für die Bildung einer Großen Koalition mit den Sozialdemokraten. Gemeinsam mit ihnen kämpft er gegen den Abbau von Sozialleistungen. Er setzt weitere Reformen durch, so die Lohnfortzahlung bei Krankheit auch für Arbeiter.

Mit Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 verliert er sein Ministeramt, behält aber Einfluss als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Präsidiumsmitglied seiner Partei. 1973 jedoch zeigt eine schwere Niederlage auf dem Bundesparteitag, dass sein politischer Stern sinkt. Mit deutlicher Mehrheit verwerfen die Delegierten sein Mitbestimmungsmodell, nach dem Aktionäre und Arbeitnehmer

im Aufsichtsrat eines Unternehmens gleich stark vertreten sein sollen. Vier Jahre später ereilt ihn das gleiche Schicksal bei seinem Konzept für die Sanierung der Rentenversicherung.

Wenig später meldet der langjährige Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse Norbert Blüm seine Kandidatur für deren Vorsitz an. Unser Kandidat resigniert, macht dem Jüngeren den Weg frei und zieht sich nach und nach aus der Bundespolitik zurück. Im Alter von 77 Jahren stirbt er in seiner Heimatstadt Köln.

Wer war's?

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-192, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. Einsendeschluss: 23. April 2007. Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 1/07 lautet: Wolfgang Ullmann. Eine Reise nach Berlin hat Walter Scholl aus Niederaula gewonnen.

Spiel des Lebens



Christine Steinhoff arbeitet für die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Die Wissenschaftlerin übersetzt und erklärt die kompliziertesten Angelegenheiten.



In Christine Steinhoffs schmalen Büro liegen im unteren Regalfach bunt angemalte Styroporhalbkugeln. Das sieht aus, als hätte die 33-jährige Bioinformatikerin irgendwann ihrem Spieltrieb nicht mehr Einhalt gebieten können und in einer Mittagspause angefangen zu basteln. Ein bisschen war es auch so. Nicht ungewöhnlich für Wissenschaftler, die einem aus buntem Bonbonpapier das menschliche Genom nachbauen oder mit Mikadostäbchen einen Vektorraum erklären. Nur, damit man es versteht.

Christine Steinhoff hat für eine „Lange Nacht der Wissenschaften“ dieses Modell für die Vogelgrippe gebaut. Es nützt ja nichts, H5N1 auf kariertes Papier zu schreiben und zu

an ein anderes Weltende verbannt, so dass verheerende Begegnungen ausgeschlossen werden. Aber Wissenschaftler sind keine Zauberer. Obwohl?

Gegenwärtig hat Christine Steinhoff ihr Büro im Max-Planck-Institut für molekulare Genetik in Berlin, um an ihrer Habilitation zu schreiben. Dafür arbeitet sie auch mit dem CAS-MPG Partner Institute for Computational Biology in Shanghai zusammen. Sie ist also hin und wieder auf Reisen. Das Max-Planck-Institut in Berlin ist nicht allzu weit entfernt vom Bundestag, bei dem Christine Steinhoff angestellt ist. Sie ist für drei Jahre von der Bundestagsverwaltung beurlaubt, wird vom Institut bezahlt, und kehrt danach wieder in die

auf dem ein Chromosom abgebildet ist, gegenwärtig nach Genen, „die sich stark in ihrem Ableseverhalten verändern“. Wenn es notwendig sein wird, so etwas für eine wissenschaftliche Anhörung in einem Ausschuss oder für die Formulierung eines parlamentarischen Antrages nachvollziehbar zu erklären, dann wäre sie diejenige, die das später einmal könnte und täte.

Als sich Christine Steinhoff 2003 für die Arbeit im Deutschen Bundestag bewarb, war der damals gerade 30-jährigen schon klar, dass dies eine Zäsur in ihrer beruflichen Laufbahn sein würde. Wer für die wissenschaftlichen Dienste arbeitet, forscht nicht mehr, sondern ist Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik,

geschaffen werden. Ihr gefallen die Themen, bei denen ihr Wissen und ihre Kompetenz gefragt sind: Stammzellenforschung, Vogelgrippe, grüne Gentechnik, Entwicklung der Forschungslandschaft.

Angefangen hat die gebürtige Rheinländerin mit einem Diplomstudium der Mathematik in Düsseldorf. Als Nebenfach wählte Christine Steinhoff damals die Molekularbiologie. 1992 war das noch eine eher ungewöhnliche Kombination. Die Studentin ging für ein Jahr nach Oxford und entschied sich, ihr Nebenfach zum Hauptfach zu machen. „Molekularbiologie versucht, biologische Phänomene zu erklären, indem sie auf die Erbsubstanz zurückgeht“, beschreibt

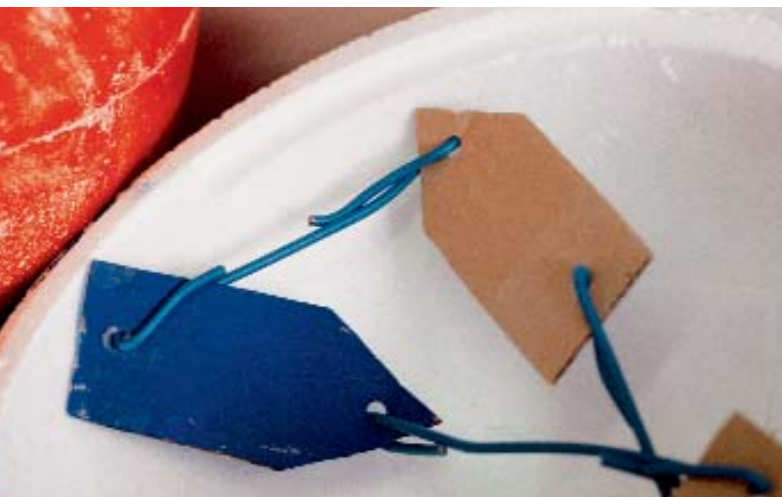
Sagt sie. „Man möchte die Lichtschalter finden, die in Krebszellen angeschaltet sind und in gesunden Zellen nicht. Findet man die und findet man dazu ein intaktes ‚Selbstmordgen‘, verknüpft den Schalter mit dem Gen, geht der Schalter an und die Krebszelle stirbt.“ Solche Schalter, die Promotoren genannt werden, hat Christine Steinhoff gesucht. Aber so klingt es auch sehr einfach. „In Krebszellen funktioniert dieses Selbstmordgen

die Möglichkeit eröffnet, wieder in seiner Abteilung zu forschen. Das sei, sagt Christine Steinhoff, ein großes Entgegenkommen und mache sie stolz, weil darin auch Wertschätzung läge.

Den Entschluss, an das Max-Planck-Institut zu gehen, hat sie also zu keinem Zeitpunkt bereut. Die Arbeit machte Spaß, sie war anspruchsvoll und interessant. Aber Wissenschaftler sollten, sagt die Frau, immer wieder etwas Neues machen. Nur keine eingefahrenen Gleise, Forschung braucht Vielfalt und unabhängige Geister.

Der Neugier folgend fragt man am Ende des Gesprächs noch nach musikalischen Interessen. Christine Steinhoff spielt Geige und bestätigt damit zwei positive Vorurteile. Das

„Wissenschaftler sollten immer etwas Neues machen.“



sagen: Das hier ist das Vogelgrippevirus. Besser eine rote Styroporhalbkugel für den menschlichen Grippevirus und eine blaue für den Vogelgrippevirus basteln, kleine Glasröhrchen oben reinstecken, die Strukturen auf der Virusoberfläche imitieren sollen, mit deren Hilfe sich das Virus den Weg in die Zelle bahnt. So wird gezeigt, wie das menschliche Grippevirus sich mit dem der Vögel verbindet und etwas Neues, Gefährliches daraus entsteht. „Da kommen also zwei unglückliche Umstände zusammen“, schließt Christine Steinhoff ihre Erklärung ab und lächelt. Wenn die schlanke, blonde Frau lächelt, mag man nicht mehr glauben, dass irgendwelche unglücklichen Umstände zusammenfinden könnten. Man stellt sich lieber vor, wie die Wissenschaft jeden unglücklichen Umstand

„Die Kombination von Politik und Wissenschaft schien mir sehr reizvoll.“

Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages zurück.

Christine Steinhoff hat nie aufgehört zu forschen, kennt sich in der Forschungslandschaft gut aus und ist in der Lage, die kompliziertesten Sachverhalte so aufzubereiten, dass sie in die parlamentarische Arbeit einfließen und Grundlage für kompetente politische Entscheidungen sein können. Das ist wichtig und diese Fähigkeiten werden gebraucht. In einem Institut und in einem Parlament.

Im Institut sucht die Wissenschaftlerin an ihrem Computerbildschirm,

Vermittler oder Vermittlerin nach beiden Seiten. „Das ist erst einmal ein Abschied aus der Forschung, aber die Kombination von Politik und Wissenschaft schien mir sehr reizvoll. Und das ist es auch.“

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages sind dafür da, riesige Mengen an Informationen und Erkenntnissen für die parlamentarische Arbeit zu systematisieren und handhabbar zu machen. Für Beurteilungen und politische Entscheidungen ist das unabdingbar. Kein Abgeordnetenbüro schafft das allein. Alle Parlamentarier müssen sich auf die politisch neutrale und in der Sache immer kompetente Hilfe der Wissenschaftlichen Dienste verlassen und tun dies auch. Christine Steinhoff gefällt diese Arbeit, mit der Grundlagen und Voraussetzungen für Entscheidungen

Christine Steinhoff mit einfachen Worten. Ihre Diplomarbeit allerdings befasste sich mit der „Klassifikation und Degeneration von Lie-Algebren“. Da geht es um Vektorräume und die Möglichkeit, einen Vektorraum in einen anderen zu überführen. Für die Quantenphysik hat das große Bedeutung. Für den Laien ist es – nun ja – eher eine theoretische Frage.

1997 war Christine Steinhoff mit dem Studium fertig und wollte „angewandter werden“, wie sie sagt. Das humane Genom war noch nicht durchsequenziert, das wurde erst vier Jahre später veröffentlicht. Aber Genetik war natürlich schon lange ein spannendes und wichtiges Forschungsfeld.

Die Wissenschaftlerin ging in die Krebsforschung, um dort ihre Doktorarbeit zu schreiben. Dafür machte sie sich auf die Suche nach Lichtschaltern.

p53 nicht. Deshalb habe ich in der Petrischale versucht, das Selbstmordgen in Krebszellen zu bringen. In der Petrischale funktioniert das wunderbar ...“ Die Pause, die Christine Steinhoff macht, spricht Bände. Die Petrischale, denkt man, ist ja nicht das Leben. Und offensichtlich ist der Weg noch weit von einem zum anderen.

2001 promovierte Christine Steinhoff, ihre Fachkombination war noch immer eine eher ungewöhnliche und gefragte Profession. Angebote kamen einige, aber am besten klang das vom Max-Planck-Institut für molekulare Genetik. Hier baute Professor Martin Vingron gerade eine neue Abteilung auf, hier waren die Bedingungen zum Forschen und Arbeiten hervorragend. Christine Steinhoff nahm an. Die Zusammenarbeit klappte und jetzt hat Martin Vingron der Wissenschaftlerin

eine heißt: Wissenschaftler sind meist verspielte Menschen. Das andere: Zur mathematischen gesellt sich oft die musikalische Intelligenz.

Die Vogelgrippe wird wieder im Regal verstaut. Christine Steinhoff wendet sich erneut dem Ableseverhalten von Genen zu und versucht, wie sie scherzhaft sagt, herauszufinden, was die Zelle im Innersten zusammenhält. Man hat nach diesem Gespräch das Gefühl, es könnte ganz wichtig für das eigene Leben sein. Das Ableseverhalten von Genen. Besser, man vergisst es nicht.

i **Analysen und Gutachten** der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages finden Sie im Internet zum Download unter: www.bundestag.de/bic/analysen

Untergrund

Bewegungen

Es gibt Schleichwege und Flaniermeilen. Abgeordnete und alle anderen Menschen mit einem Hausausweis des Bundestages nutzen beides gern. Im Untergrund kommt man schneller voran, bleibt trocken und kann noch den Dienst des einen oder anderen Automaten in Anspruch nehmen – um Schuhe zu putzen, Geld zu ziehen, eine Cola zu kaufen, ein Flugticket zu buchen. Wer von einem Bürohaus im Parlamentsviertel zum anderen oder vom Büro in das Reichstagsgebäude kommen möchte, wird Teil einer stetigen und in Spitzenzeiten stetig wachsenden Untergrund-Bewegung.

Alle haben es eilig und jede Begegnung ist flüchtig. Akten werden getragen, Gespräche geführt, Kaffeebecher balanciert. Hohe Absätze klackern, flache Sohlen gleiten, Dienstwege können kilometerlang



werden und so trimmt sich zugleich ein wenig, wer sich hier vorarbeitet. Trotz alledem bleibt und ist es ein Parlament der kurzen Wege – groß zwar die Bauten, aber mit System geplant die schnellen Verbindungen.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

Wie in einem Raumschiff fühlen sich jene, die vom Paul-Löbe-Haus den Weg in Richtung Reichstagsgebäude nehmen. Fußbodenbeleuchtung und kühler Sichtbeton lassen die Welt futuristisch erscheinen. Sanft gleitet man im Reichstagsgebäude auf einem Laufband zwischen strahlend weißen Wänden, vorbei am historischen Tunnelrest, der immer von Neugierigen umlagert scheint. Und eilig haben es alle, die den nordöstlichen Schleichweg unterm Reichstagsgebäude wählen. Anzug und Kittelschürze, Kostüm und Blaumann sind hier gleichermaßen zu treffen. So ist das in einem Arbeitsparlament.

Untergrund Bewegungen





Quartett mit sechs: Außenminister Steinmeier (links) für die deutsche Ratspräsidentschaft, der Außenbeauftragte Solana und Kommissarin Ferrero-Waldner (rechts) vertreten die EU bei den Nahost-Gesprächen.

Forum: Außenpolitik der Europäischen Union

Kein Anschluss unter dieser Nummer?

Wer nach einem Bild sucht, um all die Unzulänglichkeiten europäischer Außenpolitik zu beschreiben, der kam beim Treffen des Nahost-Quartetts Anfang Februar in Washington auf seine Kosten. Nicht vier Politiker traten da vor die Presse, wie es der Name der Veranstaltung nahelegen würde, sondern sechs. Neben dem UN-Generalsekretär und den Außenministern der USA und Russlands waren zwei Männer und eine Frau zu sehen. Alle drei vertreten die EU in dem Quartett – der EU-Außenbeauftragte Javier Solana, die Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, und, als Vertreter der derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft, Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Text: Peter Müller

Wenn ich Europa anrufen will, welche Nummer wähle ich dann?", hatte der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger vor langer Zeit gefragt. Jahrzehnte später scheint dieser Ausspruch wenig von seiner Aktualität verloren zu haben.

Die Europäische Union hat über Jahrzehnte viel geschaffen: den Binnenmarkt, in dem Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitnehmer ohne Grenzen verkehren, eine gemeinsame Währung, die den Geldtausch im Euroraum überflüssig macht. Geteilter Wohlstand sorgt dafür, dass Kriege zwischen EU-Mitgliedern heute so unwahrscheinlich sind wie nie zuvor. Und dennoch: Zu einer gemeinsamen Außenpolitik konnten sich die Europäer bislang nur in Ansätzen aufraffen. Mag Brüssel ruhig über Milchquoten entscheiden – gerade größeren Mitgliedsländern gilt die Außenpolitik weiter als die letzte Bastion eines souveränen Staates.

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gedenken am 25. März



Schlüsselaufgabe „Zukunft des Kosovo“: serbische Proteste gegen eine Lösung des Kosovo von Serbien im Februar dieses Jahres.

2007 die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten in Berlin feierlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 50 Jahren und damit der Geburtsstunde der EU. Versuche, in der Außenpolitik geschlossen aufzutreten, sind weit jüngeren Datums. So ernannte die Union

erst 1999 einen Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – seitdem bekleidet der Spanier Javier Solana dieses Amt.

Dabei zeigt ein Blick in die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003, dem Grundlagendokument europäischer Außen- und Sicherheitspolitik,



Europas Erfolg exportieren

Eckart von Klaeden, CDU/CSU

Die europäische Integration war ein Instrument für den Frieden und die Sicherheit Europas. Nun gilt es, diesen Erfolg nicht nur nach innen zu sichern, sondern ihn auch nach außen zu exportieren. Angesichts des globalen politischen und wirtschaftlichen Wandels kommt der EU eine gewichtige Rolle und Verantwortung zu, um den neuen weltweiten Herausforderungen zu begegnen.

Wichtig ist, die im Verfassungsvertrag vorgesehenen institutionellen Reformen durchzuführen: Sie machen die EU handlungsfähiger. Wir treten für eine gemeinsame europäische Außenpolitik ein, sind uns aber bewusst, dass eine einzige europäische Außenpolitik eine Illusion wäre. Vor diesem Hintergrund müssen wir zu hohe Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft dämpfen. Dennoch: Die EU spielt eine wesentliche Rolle bei der Suche nach Lösungen der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, sei es im Rahmen des Nahost-Quartetts, sei es bei den Verhandlungen mit dem Iran über dessen Nuklearprogramm.

Der Stabilität in Europa dient auch, den Staaten auf dem Westbalkan eine europäische Perspektive zu bieten. Wenn die Statusfrage des Kosovo geklärt ist, wird die EU die zentrale Sicherheitsaufgabe zur Überwachung dieser Einigung übernehmen. Mittels der europäischen Nachbarschaftspolitik wollen wir die Beziehungen zu den Nachbarn im Osten und im Südosten ausbauen, vor allem auch gegenüber Zentralasien und der Schwarzmeerregion.

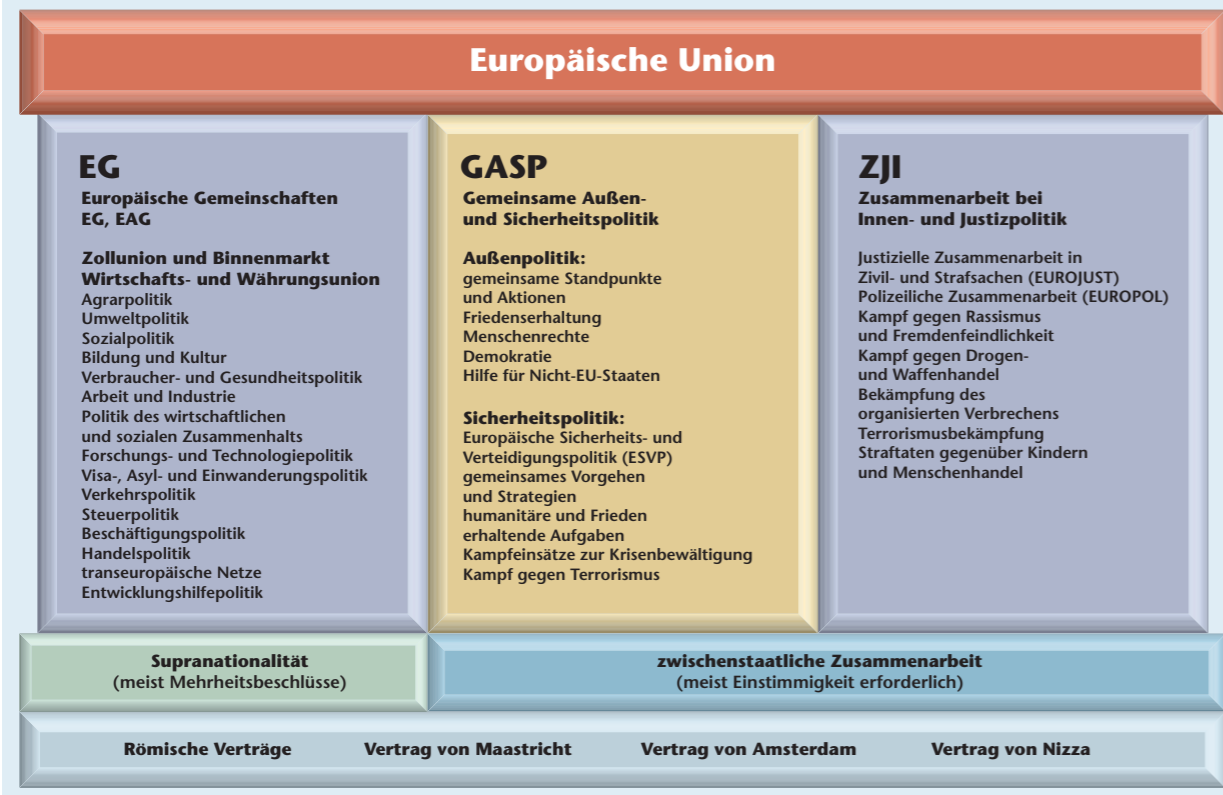
Besondere Bedeutung hat für die EU nicht nur die transatlantische Partnerschaft mit den USA und Kanada. Von strategischem Interesse sind für die EU stabile und verlässliche Beziehungen zu Russland; daher verhandelt die EU über die Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Moskau. Kein Land kann allein die globalen Herausforderungen schultern, dies geht nur in Partnerschaften mit dem Ziel, Sicherheit und Stabilität weltweit zu erreichen.



eckart.klaeden@bundestag.de
www.von-klaeden.de

Die GASP in der Europäischen Union

Darstellung der »Drei Säulen« der EU gemäß der Gemeinschaftsverträge (Stand: Februar 2007)



Dynamisch weiterentwickeln

Angelica Schwall-Düren, SPD

angelica.schwall-dueren@bundestag.de
www.schwall-dueren.de

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vereint die wichtigsten Instrumente, um die Einhaltung der Menschenrechte und die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in anderen Staaten zu stärken und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unterstützen. Gleichzeitig trägt sie mithilfe der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu internationaler Sicherheit und Zusammenarbeit, zu Unversehrtheit und zur Wahrung des Friedens bei.

Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik ist schon jetzt durch Verbindung von militärischen und zivilen Mitteln, dem Miteinander von Konfliktlösung und Friedenssicherung und durch die Unterstützung beim Wiederaufbau „exportfähig“ geworden.

Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 muss die ESVP dynamisch weiterentwickelt werden. Aktuelles Beispiel ist der Kosovo: Eine Lösung der komplizierten Statusfrage wird nur mit starker internationaler Präsenz möglich sein. Die EU ist dazu bereit und steht damit vor ihrer größten und anspruchsvollsten zivilen Mission. Nach den blutigen Kriegen auf dem Balkan sollte uns das friedliche Zusammenleben der Menschen in den Staaten Südosteuropas jede Mühe wert sein.

Darüber hinaus ist für uns von besonderer Bedeutung, dass die EU weiterhin eine herausgehobene und noch stärkere Rolle bei der Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik spielt. Die Kooperation mit unserem Nachbarkontinent Afrika steht dabei im Vordergrund.

Damit die EU in Zukunft noch schneller reagieren kann, kohärenter und leistungsfähiger in ihrer Außenpolitik wird, muss sie ihre Instrumente weiterentwickeln: Der Verfassungsvertrag sieht einen europäischen Außenminister und einen gemeinsamen auswärtigen Dienst vor. Auch deshalb brauchen wir den Erfolg des Verfassungsvertrages.

dass Europa die meisten internationalen Probleme nur vereint angehen kann. Keines der angesprochenen Risiken, von den scheiternden Staaten in Entwicklungsregionen bis zum globalen Terrorismus, von Regionalkonflikten in der europäischen Nachbarschaft bis zur langfristigen Sicherung des europäischen Energiebedarfs, können die Mitglieder allein bewältigen.

Drängende Aufgaben

Zudem sind europäische Interessen längst nicht mehr auf die unmittelbare Nachbarschaft beschränkt. Nicht nur der Balkan (hier steht während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Lösung der Kosovo-Frage an) oder die Ukraine mit ihrer verblassten orangenen Revolution, auch der Nahe Osten, Iran, Irak, Afghanistan gehen die EU direkt an. „Eine Eskalation des Konflikts mit Teheran, ein Zerfall des Irak, ein religiös aufgeladener Kulturkrieg, alles nicht undenkbar, werden unmittelbar zu europäischen Problemen, ob es sich heraushalten möchte oder nicht“, schreibt Gunter Hoffmann im



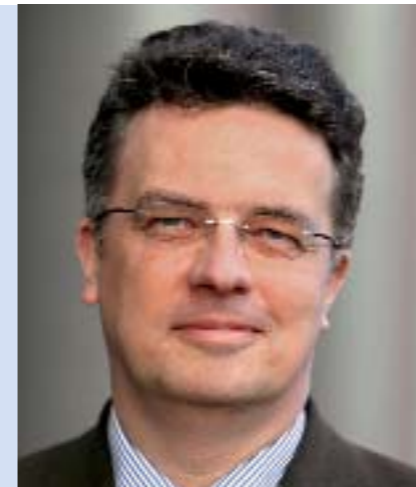
Schlüsselaufgabe „Energiepolitik“: russische Ölpipeline Druschba.

Fachblatt Internationale Politik. Auch um bessere Beziehungen zu den Ländern Zentralasiens – Stichworte Menschenrechte und Energiesicherheit – will die EU sich kümmern. Schließlich steht in diesem Jahr die Erneuerung des bisherigen Partner-

schafts- und Kooperationsabkommens der EU mit Russland an.

Europa ist ein globaler Akteur. Mit rund 480 Millionen Einwohnern umfasst die Union mehr Menschen als die Vereinigten Staaten und Russland zusammen. Europa erwirtschaftet ein Viertel des weltweiten Wohlstandes, doch darauf angelegt, Weltmacht zu werden und mit einer Stimme im Konzert der Mächte aufzutreten, war der Staatenverbund nie.

Nur langsam setzte sich die Idee durch, dass Europa gemeinsam stärker ist. Einen entscheidenden Schub hatte die Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durch die Nachfolgekriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien bekommen. 1992 legten die Mitglieder im Maastricht-Vertrag die Grundsätze für die GASP fest und sie wurde in der sogenannten „Zweiten Säule“ in das rechtliche Rahmenwerk der Union eingeflochten. Hier hat die EU, vereinfacht gesagt, weit weniger Befugnisse als etwa bei der Schaffung des Binnenmarktes oder in der Han-



Unschlagbare Vorteile

Markus Löning, FDP

markus.loening@bundestag.de
www.markus-loening.de

Dass wir als Europäer unsere Sicht der Dinge und unsere Interessen besser gemeinsam vertreten können, ist den meisten Bürgern klar. Im Gegensatz zu anderen EU-Politiken ist die Gemeinsame Außenpolitik sogar ziemlich populär. Schwierig wird es, wenn wir versuchen, die gemeinsame Sicht oder gar gemeinsame Interessen zu definieren. Dass der Waffenstillstand zwischen Hisbollah und Israel im europäischen Interesse liegt, bestreitet niemand. Aber bei der Frage nach einem Truppeneinsatz gehen die Meinungen stark auseinander. Kein Europäer will einen Iran mit Atomraketen. Aber wie wollen wir das erreichen? Schon diese beiden Beispiele zeigen, dass der Teufel im Detail der diplomatischen Arbeit steckt.

Als Deutsche mit einer relativ kurzen außenpolitischen Tradition vergessen wir oft, dass einige unserer europäischen Partner seit Jahrhunderten bestimmte außenpolitische Grundlinien verfolgen. Daraus eine gemeinsame Politik zu machen, ist eine Herkulesaufgabe, die nicht durch ein paar Beschlüsse des Europäischen Rates zu erledigen ist.

Wir sollten uns die Zeit nehmen, um unsere gemeinsamen Interessen zu definieren. So unterschiedlich, wie sie manchmal erscheinen, sind sie nämlich nicht. Und auch das Zusammenführen der Traditionen braucht Zeit. Dass Spanien enge Beziehungen zu Lateinamerika hat, Großbritannien den Commonwealth pflegt und Frankreich seine enge Bindung an die frankophonen Länder betont, sollten wir im Übrigen nicht als Schwäche sehen. Gerade diese Netze können einen unschlagbaren Vorteil für uns alle darstellen.

In der globalisierten Welt gibt die Gemeinsame Außenpolitik uns Europäern die Stimme, die wir brauchen, um unsere Werte zu verteidigen und unsere Interessen durchzusetzen. Aber wir werden noch einige Jahre daran arbeiten müssen, dass sie so stark und laut ist, wie wir sie gern hätten.

delspolitik, die zur „Ersten Säule“ gehören. Während sich das Europäische Parlament dort zum Mitgesetzgeber neben dem Rat entwickelt hat, ist sein Einfluss auf die EU-Außenpolitik weiter begrenzt.

Den ersten Praxistest bestand das neue Regelwerk nicht. Vermittlungsversuche der EU während des Krieges in Jugoslawien blieben erfolglos, militärisch eingreifen konnten die Mitgliedsstaaten nur im Rahmen von UN- und NATO-Missionen. Der Europäische Rat von Köln beschloss dann 1999 den Aufbau einer operativen und eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als integralen Bestandteil der GASP. Im Zweifel sollte die EU auch ohne die NATO europäische Interessen vertreten können.

Die ersten ESVP-Einsätze brachten europäische Soldaten dorthin, wo europäische Politik zuvor gescheitert war – auf den Balkan. Eine Polizeimission löste im Januar 2003 UN-Beamte in Bosnien-Herzegowina ab, drei Monate später übernahm eine EU-Militär-

truppe die Aufgaben der NATO in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Vergangenes Jahr sicherten EU-Truppen die ersten freien Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo seit über 40 Jahren. Jetzt steht eine Eingreiftruppe, die rund 1.300 Mann starke sogenannte „EU-Battlegroup“, bereit, die weltweit schnell in Krisenregionen verlegt werden kann.

Sperriges Prozedere

Wie rasch diese Soldaten reagieren können, hängt freilich vom Willen der 27 Mitglieder ab. Größter Hemmschuh von ESVP und GASP ist das Prinzip der Einstimmigkeit. Das Vokabular, das die Entscheidungsfindung beschreibt, ist fast genauso sperrig wie das Prozedere selbst. Im Gegensatz etwa zum Binnenmarkt oder der Handelspolitik ist im Rahmen der GASP nicht die Kommission, also die integrationsfreundliche Brüssler Exekutive, das entscheidende Organ, sondern der Europäische Rat, also das Gremium, in dem sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten regelmäßig


treffen. Über gemeinsame Strategien entscheidet er einstimmig. Umgesetzt werden diese Vereinbarungen vom Rat der EU in der Zusammensetzung der EU-Außenminister in gemeinsamen Standpunkten und Aktionen. Letztere beinhalten zum Beispiel Details über das Verhängen von Sanktionen oder den Einsatz von Wahlbeobachtern.

Oft aber gelingt es den Europäern nicht, zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Die tiefgreifenden Differenzen der EU-Mitglieder im Frühjahr 2003 in der Frage, ob der UN-Sicherheitsrat einen Krieg gegen Irak genehmigen sollte, sind das bekannteste Beispiel. Doch auch bei weniger gravierenden Fragen tut sich die Union schwer, die Interessen von mittlerweile 27 Staaten unter einen Hut zu bringen. Ulrike Guérot, Europaexpertin beim German Marshall Fund, einem Think Tank in Berlin, sieht weiter Handlungsbedarf: „Die beiden fundamentalsten Projekte für die europäische Zukunft sind einerseits die Energiepolitik und andererseits die europäische Verteidigungspolitik.“



Impulse für Nahost

Monika Knoche, Die Linke.

 monika.knoche@bundestag.de
www.monikaknoche.de

Klimawandel bekämpfen und zivile Friedenslösungen forcieren – das sollten die Leitmotive der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein. So wie sich EU-Außenpolitik heute darstellt, ist jedoch eine Überwindung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern nicht zu erkennen. Zwar wird dieses Ziel gern postuliert, die Praxis geht jedoch in eine andere Richtung. Das schwedische Parlament hat letztes Jahr eine Kommission mit der Erarbeitung eines Konzepts beauftragt, das das Land bis 2020 völlig unabhängig von fossilen Rohstoffen machen soll – ohne die Atomenergie weiter auszubauen. Deutschland sollte diesem Beispiel folgen. Stattdessen erheben die NATO-Strategie und das Weißbuch der Bundeswehr den weltweiten Zugang zu Rohstoffen zum Sicherheitsinteresse, das unter Umständen auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden soll.

Europa spielt eine wichtige Rolle in der Welt. Die EU sollte diese im Sinne von Frieden, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit wahrnehmen und diese Kernpunkte auch in der Verfassung und der Außenpolitik verankern.

Während der EU-Ratspräsidentschaft ist es erforderlich, dass Deutschland auf die USA einwirkt, damit diese keine Aggression gegen den Ölstaat Iran vollzieht. Auch die am Irakkrieg beteiligten europäischen Staaten sind gehalten, ihre Unterstützung einzustellen.

Das ist ein wichtiger Aspekt, damit Europa zu einer glaubwürdigen neuen Nahostpolitik kommen kann, in deren Zentrum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina steht. In Berlin eine permanente Nahost-Friedenskonferenz einzusetzen, wäre ein wichtiger Impuls, den Frau Merkel in den nächsten Monaten geben könnte. Innerhalb Europas könnte die EU eine positive außenpolitische Bilanz vorweisen, wenn es gelänge, die Kosovo-Frage auf Basis einer freiwilligen und einvernehmlichen Zustimmung aller Beteiligten zu erreichen.

Zumindest einen Teil dieser Probleme geht der Europäische Verfassungsvertrag an. So soll es in Zukunft einen europäischen Außenminister geben. Dieser wird vom Europäischen Rat mit Zustimmung des Präsidenten der Europäischen Kommission mit qualifizierter Mehrheit ernannt. Er ist sowohl Vizepräsident der Kommission als auch Beauftragter des Ministerrates. Durch diese „zwei Hüte“ soll er die Stimmigkeit der GASP garantieren. Er vertritt den Standpunkt der EU in internationalen Organisationen. Kaum bekannt ist, dass der Vertrag erstmals auch eine Beistandsverpflichtung ähnlich dem Artikel 5 des NATO-Vertrages enthält. Demnach sind die Staaten verpflichtet, im Falle eines Angriffs den angegriffenen Staat zu unterstützen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Verfassungsvertrag und damit diese Bestimmungen wiederzubeleben. Daher blicken die EU-Mitglieder mit Spannung auf das erste Halbjahr 2007. „Deutschland ist ein



Künftig mehr Anrufe aus aller Welt? Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana könnte EU-Außenminister werden, wenn der Verfassungsvertrag in Kraft tritt.


großer EU-Staat, der aufgrund seiner materiellen und personellen Ressourcen besser als andere gerüstet ist, die vielfältigen Management-, Leitungs-, Koordinierungs- und Repräsentationsaufgaben einer Präsidentschaft zu erfüllen“, schreibt Volker Perthes, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Würde der Verfassungsvertrag Wirklichkeit, wäre übrigens auch Henry Kissingers Frage nach der Telefonnummer für Europa beantwortet. Unter (00 32) 2 281 6167 könnte er sich zu Javier Solana durchstellen lassen – sollte der derzeitige Hohe Vertreter für die GASP erster europäischer Außenminister werden.



Friedensmacht Europa

Rainer Steenblock,
Bündnis 90/Die Grünen

 rainer.steenblock@bundestag.de
www.rainer-steenblock.de

Sich als Friedensmacht zu behaupten, ist für die EU die größte Herausforderung am Anfang des neuen Jahrhunderts, eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren, gehört zu den größten Aufgaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die Bewältigung von Konflikten und die Vermeidung von Krisen sind zuerst politische und vor allem zivile Aufgaben. Die einzelnen Staaten der EU können hier einiges vorweisen. Die EU als Ganzes hat ein enormes Potenzial, jedoch Nachholbedarf. Die Instrumente müssen weiterentwickelt, aber vor allem der politische Wille muss hergestellt werden. Wir genießen den Ruf, an Verhandlungslösungen orientiert zu sein und diplomatischen Mitteln den Vorzug vor militärischen zu geben. So hat die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik von Beginn an auch eine zivile Komponente. Darin liegt nicht zuletzt auch ein Unterscheidungsmerkmal zur NATO.

Ein Instrument für effektivere politische Koordination ist ein EU-Außenminister. Denn der Libanonkonflikt hat uns aktuell wieder vor Augen geführt, dass Vielstimmigkeit die EU als außenpolitische Akteurin schwächt. In der Kosovo-Statusfrage ist ein kohärentes Auftreten gerade gegenüber Serbien wichtig, um Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Eine „strategische Partnerschaft“ mit Russland, die mehr sein muss als eine „Annäherung durch Verflechtung“, wird durch vielstimmiges Auftreten durch unterschiedliche Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Interessen konterkariert. Somit wird es insgesamt auf den Respekt unserer jeweiligen Blickwinkel ankommen.

Bei einer Friedensmacht muss Menschenrechtspolitik in allen Themenbereichen und auf allen Ebenen die zentrale Rolle spielen. Wie sich die EU in ihrer Außenpolitik künftig präsentiert, wird auch zu ihrem Glaubwürdigkeitstest in der Welt.



Die Wirtschaft ist wieder in Schwung, die Konjunktur läuft, die Ertragslage der Firmen ist gut. Doch noch immer gibt es viel zu viele Arbeitslose. Und Millionen Menschen, die zu Dumpinglöhnen von weit unter fünf Euro pro Stunde arbeiten müssen. Was also ist zu tun auf dem Arbeitsmarkt?

Streitgespräch: Konjunktur und Lohndebatte

Können wir uns eine Reformpause erlauben oder muss neu in die Hände gespuckt werden? Darüber führte BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit dem Arbeitsmarkt- und Sozialpolitischen Sprecher der Unionsfraktion Ralf Brauksiepe und mit Barbara Höll, der stellvertretenden Vorsitzenden und Arbeitskreisleiterin für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen der Fraktion Die Linke.

Das Gespräch führte Sönke Petersen.
Fotos: Deutscher Bundestag



Ralf Brauksiepe (CDU/CSU).

Barbara Höll (Die Linke.).

Nimmt der Aufschwung die Arbeitnehmer mit?

Blickpunkt Bundestag: Leben wir zunehmend in einer geteilten Arbeitswelt, in der es dem Normalarbeitnehmer leidlich gut geht, im Niedriglohnssektor aber „vorindustrielle Formen der Ausbeutung“ herrschen, wie ein SPD-Landeschef gemeint hat?

Ralf Brauksiepe: Das sehe ich überhaupt nicht so. Wir haben im letzten Jahr zweieinhalb Prozent Wirtschaftswachstum gehabt, das ist kein verhaltenes Pflänzchen, sondern ein kräftiger Aufschwung. Wir haben 597.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr und 392.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr. Das sind erhebliche Schritte nach vorn; und auf diesem richtigen Weg wollen wir weitergehen.

Barbara Höll: Aber Sie können doch nicht verschweigen, dass wir bei uns zum Teil schon amerikanische Verhältnisse haben! Über zwei Millionen Menschen verdienen unter 50 Prozent der Durchschnittslöhne, viele müssen sogar zu einem Stundenlohn von 3,50 Euro arbeiten. Selbst wenn diese Menschen acht Stunden arbeiten, reicht es nicht für den eigenen Lebensunterhalt. Es ist ja richtig, dass wir endlich wieder Wirtschaftswachstum haben. Aber es gibt nach wie vor große Unsicherheitsfaktoren. Die schönen Zahlen können auch wieder rückläufig werden. Deshalb besteht

dringender Handlungsbedarf besonders denjenigen gegenüber, die Geringverdiener sind.

Blickpunkt: Sind also nach den Unternehmen, die im letzten Jahr kräftige Gewinne gemacht haben, nun die Arbeitnehmer dran mit höheren Löhnen und einem Einstieg in den Investivlohn, also der Beteiligung am Unternehmensgewinn?

Brauksiepe: Je größer das wirtschaftliche Wachstum ist, desto größer sind natürlich die Spielräume für Lohnerhöhungen. Natürlich gibt es noch soziale Probleme in diesem Land. Aber zugleich ist das Niveau der sozialen Sicherheit bei uns erheblich höher als in vielen anderen Ländern, gerade auch im Vergleich zu den USA. Was den Investivlohn anbelangt, den hat die Union schon lange auf ihre Fahnen geschrieben. Denn er ist genau das Gegenteil von Klassenkampf. Es geht um Teilhabe am Wohlstandszuwachs. Klar dabei ist, dass es immer nur eine bestimmte Verteilungsmasse gibt, die vom wirtschaftlichen Erfolg abhängt und die die Tarifparteien aushandeln und auf verschiedene Komponenten wie Lohnerhöhung oder betriebliche Alterssicherung aufteilen müssen. Da kann durchaus die Komponente Investivlohn hinzukommen. Fest steht: Hätte es in den letzten 25 Jahren schon die Beteiligung der

Mitarbeiter am Kapital gegeben, die wir uns nun für die Zukunft wünschen, hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute sicher mehr Geld in der Tasche. Deshalb heißt unsere Devise: Teilhabe statt Klassenkampf!

Höll: Wir sind gegenüber Investivlöhnen sehr skeptisch. Denn der große Nachteil ist, dass sich die Arbeitnehmer beim Investivlohn natürlich auch an allen Risiken des Unternehmens beteiligen müssen. Das ist unzumutbar, schon weil die Arbeitnehmer keine Teilhabe an den Geschäftsdaten haben. Deshalb plädieren wir statt für einen Investivlohn für gesetzliche Mindestlöhne.

Blickpunkt: Auf dem Feld des Niedriglohnssektors überschlagen sich gerade die Vorschläge: Mindestlohn, Kombilohn, negative Einkommenssteuer. Was passt davon zusammen, was ist richtig?

Brauksiepe: Es geht darum, dass für anständige Arbeit auch ein anständiger Lohn gezahlt werden muss. Aber der Unternehmer kann letztlich nur einen Lohn zahlen, der der Produktivität des Arbeitnehmers entspricht. Für den sozialen Ausgleich für diejenigen, die keine Arbeit haben oder zu gering verdienen, muss der Staat mit seiner Sozialpolitik sorgen und hier haben wir ja auch ein hohes Niveau. Ob der Arbeitnehmer von seinem Lohn in jedem Fall

leben kann, hängt auch von seiner individuellen Situation ab: Wenn ein Single einen bestimmten Stundenlohn bekommt, kann er davon natürlich eher leben als jemand, der für eine mehrköpfige Familie sorgen muss. Die Union möchte deshalb lieber über einen Kombilohn ein Einkommen, das am Markt erzielt wird, intelligent kombinieren mit einem Transferement, das vom Staat gestellt wird.

Höll: Wir sind ganz klar für Mindestlöhne. Schauen wir uns doch nur in Europa um: Überall gibt es ihn, nur in Deutschland und Zypern nicht. In Großbritannien sind durch Mindestlohnvereinbarungen die Löhne von drei auf fünf Pfund – vergleichbar mit unserer Forderung nach acht Euro Mindestlohn – gestiegen. Klar dabei ist, dass dieser Mindestlohn aus der Wirtschaft erarbeitet werden muss. Beim Kombilohn werden dagegen steuersubventionierte Zulagen gezahlt. Es kann aber nicht Sinn und Zweck sein, dass die Wirtschaft so entlastet wird. Im Übrigen, Herr Brauksiepe: Die Kinder haben in der Frage des Mindestlohns nichts zu suchen. Kinder haben das Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung. Dafür brauchen wir andere Modelle, wie etwa ein deutlich höheres Kindergeld oder die Kindergrundsicherung.

BARBARA HÖLL (DIE LINKE.),

Jahrgang 1957, war bereits von 1990 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und ist seit 2005 wieder Abgeordnete. Die promovierte Diplom-Philosophin ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss.

barbara.hoell@bundestag.de
www.barbara-hoell.de



Brauksiepe: Wenn ich mal darauf hinweisen darf: Wir brauchen auch noch Leute, die bereit sind, morgens aufzustehen und zu arbeiten. Leider gibt es immer noch viele Menschen, die voll arbeiten und die nicht viel mehr in der Lohntüte haben als Menschen, die nicht arbeiten. Also: Wir dürfen hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. So sind zum Beispiel in Großbritannien die sozialen Ansprüche für jemanden, der nicht arbeitet, erheblich geringer als bei uns. Einen Mindestlohn von acht Euro pro Stunde können bei uns viele Betriebe nicht erwirtschaften. Deshalb ist dieser Vorschlag einfach nicht zielführend. Auch der Hinweis auf andere EU-Länder ist mit Vorsicht zu genießen. So liegt in Bulgarien der Mindestlohn bei 53 Cent. Es gibt nur sieben Länder in der EU, die gesetzliche Mindestlöhne über vier Euro haben.

Blickpunkt: Sollte es einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn oder branchenbezogene Mindestlöhne geben, die von den Tarifpartnern vereinbart werden?

Brauksiepe: Die große Koalition möchte das Entsendegesetz, das ja für die Bauwirtschaft gilt, auf die Gebäudereiniger ausdehnen. Aber wir dürfen Ziele und Mittel nicht verwechseln. Das Ziel kann nicht sein, eine bestimmte Branche unter ein bestimmtes Gesetz fallen zu lassen. Das Ziel muss sein, dass anständige Arbeit anständig entlohnt wird. Wo das nur möglich ist über die Aufnahme einer Branche in das Entsendegesetz, werden wir das machen.

Blickpunkt: Kommen wir ohne Mindestlohn zu amerikanischen Verhältnissen, wo oft zwei oder drei Jobs parallel nötig sind, um über die Runden zu kommen?

Höll: Die sind doch heute für viele Menschen schon Realität! Von der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse sind zwei Drittel Zeitarbeitsverhältnisse. Viele Menschen in Deutschland haben zwei, drei Minijobs nebeneinander, sie arbeiten erst in der Kaufhalle, putzen anschließend irgendwo und führen im dritten Job Hunde aus oder verteilen Zeitungen. Dazu kommt der große Bereich der 1-Euro-Jobber, die wirklich für fast nichts früh aufstehen und arbeiten. Und froh sind, dass sie über die Beschäftigung eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Dabei tauchen sie nicht einmal mehr in der Arbeitslosenstatistik auf. Insofern finde ich das Menschenbild von Herrn Brauksiepe schon seltsam, wenn er sagt, wir brauchen Menschen, die bereit sind, früh aufzustehen. Nochmals: Unser Ziel ist ein gesetzlicher 8-Euro-Mindestlohn. In der Praxis hieße dies, dass man dafür sorgen muss, dass die Tarifparteien in den Bereichen, wo der Tariflohn noch darunter liegt, die Entlohnung schrittweise an den Mindestlohn heranführen.

Brauksiepe: Wir sollten bitte bei der Wahrheit bleiben. Es ist doch falsch zu sagen, die 1-Euro-Jobber stehen für fast nichts auf. Jeder muss doch, bevor er sich an die Allgemeinheit wenden kann, selbst das tun, was er zur Beseitigung seiner eigenen Hilfebedürftigkeit machen kann. Viele Menschen erhalten Tariflöhne, und dennoch bleibt ihnen am Ende nicht viel mehr übrig als denen, die nicht arbeiten. Auch diese Wahrheit muss man sehen.

RALF BRAUKSIEPE (CDU/CSU),

Jahrgang 1967, ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der promovierte Ökonom ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

ralf.brauksiepe@bundestag.de
www.ralf-brauksiepe.de

Blickpunkt: Werden die heutigen Biligjobs zu einer späteren Altersarmut führen?

Brauksiepe: Wir sind ein Land, das es geschafft hat, Altersarmut weitgehend zu vermeiden. Unser größtes Armutsrisiko ist, viele Kinder zu haben. Ich will deutlich sagen: Das, was wir Kindern geben, ist in Bedarfsgemeinschaften leben, ist sicherlich für den Einzelnen nicht viel Geld. Gleichwohl muss es von anderen erwirtschaftet werden. Wir haben ein Rentenversicherungssystem, das Altersarmut weitgehend vermeiden hat. Und wir entwickeln es ja weiter, was allerdings voraussetzt, dass wir bei einer deutlich gesteigerten Lebenserwartung eben auch schrittweise das Renteneintrittsalter erhöhen müssen.

Höll: Natürlich ist die Altersarmut ein Problem. Wer lange zu Dumpinglöhnen arbeiten musste, eventuell arbeitslos ist und dann in Hartz IV fällt, hat später selbstverständlich einen immer geringer werdenden Rentenanspruch, denn es werden ja weniger Euro in die Rentenkasse eingezahlt. So ist Altersarmut vorprogrammiert. Deshalb ist es wichtig, dass wir zu neuen Lösungen kommen. Und dazu gehören auch Mindestlöhne.



Reden Sie mit beim Thema „Konjunktur und Lohndebatte“:

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

Rechtsextreme Parteien in den Parlamenten

ESSAY

von Frank Jansen

In großen Wellen rauscht Empörung über die Republik hinweg. Wenn die NPD in einen Landtag einzieht oder wieder besonders derb provoziert, ist ihr Aufmerksamkeit sicher. Exemplarisch war die öffentliche Resonanz auf die Parolen, die der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel im Januar 2005 im Sächsischen Landtag von sich gab. Gansel wertete den alliierten Luftangriff auf Dresden im Februar 1945 als „Bombenholocaust“. Die Erregung war immens, zumal sich die NPD-Fraktion einer Schweigeminute für die Opfer des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges verweigerte. Mehr Aufmerksamkeit nach dem Prinzip „any publicity is good publicity“ hätte sich die NPD kaum wünschen können – so sehr die Entrüstung, vor allem in Medien und demokratischen Parteien, gerechtfertigt war. Aber der Vorfall passte exakt in die Strategie, die rechtsextremistische Parteien in der Regel in den Parlamenten verfolgen.

Das Medienecho, obwohl fast immer negativ, ist ein wesentlicher Faktor für die Rückkopplung rechtsextremistischer Politiker zur Basis der Stamm- und Protestwähler. Die Stammwähler werden durch den medial verstärkten „Krawall“ in ihren festgefühten Ansichten bestätigt, die ideologisch diffusen und unberechenbaren Protestwähler bekommen signalisiert: Euren Frust hauen wir „denen da oben“ um die Ohren, dass es kracht. Haltet uns die Treue und werdet Stammwähler, lautet die Botschaft.

Dieser radikalpopulistische Mechanismus ist bei vielen extremistischen Parteien zu erkennen, auch linken. Die NPD, aber auch der Front National in Frankreich sind dabei, ihn zu perfektionieren. Die im Januar erfolgte Gründung einer rechtsextremen Fraktion im Europaparlament, dominiert vom Front National und der belgischen Partei Vlaams Belang, ist vor allem als Propagandaaktion von Bedeutung. Von einer zusätzlichen, internationalen Bühne aus werden die Wähler in der Heimat agitiert. Um reale Politik geht es weniger. Das erscheint auch logisch, weil weder die Rechtsextremisten im Europaparlament noch NPD und DVU in deutschen Landesparlamenten in der Lage sind, Gesetzgebung mitzugestalten. Die Demokraten halten sie, soweit sie sich nicht selbst verweigern, von substanzieller Teilhabe fern.

Aus gutem Grund. Selbst wenn Rechtsextremisten in den Parlamenten „normal“ klingende Anträge stellen, sind sie nur als Propagandacoup gedacht. Dass vereinzelt demokratische Abgeordnete mit NPD und DVU stimmen, wie es in den Landtagen von Sachsen und Brandenburg passiert ist, wird prompt ausgeschlachtet. Die Rechtsextremisten können dann behaupten, die Attraktivität ihrer Ideologie

reiche doch weit über die eigenen Parteigrenzen hinaus. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bemüht sich vor allem die NPD, ihre parlamentarische Präsenz für die Werbung um bislang eher unzugängliche Milieus zu nutzen. Gezielt werden Mittelständler angesprochen – und von Sachsen aus nimmt ein kleiner, aber einflussreicher Partei-zirkel Anlauf zu einer Akademisierung, über die Landtagsfraktion sowie über das NPD-Organ Deutsche Stimme, das in Riesa produziert wird. Vor allem der schon erwähnte Abgeordnete Jürgen Gansel, auch Mitglied der Redaktion der Deutschen Stimme, propagiert eine „Dresdner Schule“, als krasse Absage an die gesellschaftskritische „Frankfurter Schule“. Der stellvertretende Chefredakteur der Deutschen Stimme, der ehemalige Waldorf-Lehrer Andreas Molau, hat 2005 den Vorsitz der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) übernommen. Der damals angestaubte, 1960 gegründete Verein soll offenbar zu einem bräunlichen Think Tank reifen.

Dennoch bröckelt in Sachsen die NPD-Fraktion, Austritte und Affären machen ihr zu schaffen. Die Abgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern haben sich bislang kaum profiliert, auch nicht als De-

magogen. Die DVU im Brandenburger Landtag ist blass. Trotzdem scheint es den beiden, miteinander verbündeten Parteien zu gelingen, in Ostdeutschland ihre Stammwählerschaft auf ein Potenzial zwischen drei und fünf Prozent auszubauen. Entscheidend ist weit verbreiteter sozialer Unmut, ergänzt und verstärkt durch grassierende Ressentiments gegen Migranten. Vor allem die NPD versucht, diesen Nährboden zu düngen – mit völkisch-sozialistischem Vokabular. Der Versuch, sich den „kleinen Leuten“ als Partei anzudienen, die sich kümmert, ist langfristig gefährlicher als Krawall im Parlament. Die Demokraten sollten stärker als bisher beobachten, was in den Kommunen passiert, auch in Westdeutschland. Eine Ausgrenzung rechtsextremer Abgeordneter in Landtagen reicht nicht, um die Gefahr nachhaltig einzudämmen.



Proteste in Schwerin anlässlich des Einzugs der NPD in den Landtag.



Frank Jansen, Jahrgang 1959, ist Reporter beim Berliner Tagesspiegel. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Carl-von-Ossietzky-Medaille sowie mehrerer Medienpreise. Seine Schwerpunktthemen sind Rechts-Extremismus und Terrorismus.

Drei Fragen an Abgeordnete

Was ist Ihr Lieblingssort in Berlin, Frau Grütters?

Als gebürtige Münsteranerin und praktizierende Katholikin liebe ich die Nähe von Kirchen und vor allem ihr Glockengeläut – was in meiner Wahlheimat Berlin leider Seltenheitswert hat. Am Ludwigskirchplatz in Wilmersdorf sorgt eine der wenigen freistehenden katholischen Kirchen mit ihrer Backsteinfassade und dem hohen Kirchturm mit dem unverwechselbaren Geläute für ein Gefühl der Geborgenheit.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Kindermund: Mein siebenjähriger Neffe Jakob zeigte sich beim Besuch seiner Tante im Bundestag verwirrt über die vielen „Stäbchenschuhe“ der Damen hier – seine Mama trägt so was nämlich selten.

Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Die Aktenordner zum gerade erfolgreich beschlossenen Beitritt Deutschlands zum UNESCO-Kulturgüterschutz-Abkommen und die Presseartikel zum Nichtraucherschutz. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Länder sich zu einem allgemeinen Rauchverbot in Gaststätten durchringen. Wäre doch klasse, wenn wir überall in deutschen Landen Spaß am rauchfreien Essen in Gaststätten haben könnten!



Monika Grütters (CDU/CSU).

Monika Grütters (CDU/CSU), Jahrgang 1962, ist seit 2005 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, im Ausschuss für Kultur und Medien sowie in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“.

Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade das Buch „Paradiesstraße“ von Ulla Lachauer.

Bittehen, Paradiesstraße, Treffen mit Lena – solch einen Kalendereintrag hat es bei Ulla Lachauer nie gegeben. Völlig unvermutet traf die Journalistin die ostpreußische Bäuerin Lena Grigoleit, ihre Kuh bei sich führend, auf eben jener Paradiesstraße, die durch das ostpreußische Dorf Bittehen führt. Das war 1989, und aus dieser Begegnung entstand das wunderbare Buch „Paradiesstraße“.

„Ich bin ein Glückskind. ... Sonntagskinder, sagte meine Mutter, sind Glückskinder. Ich weiß nicht, was man als Glück betrachtet. Jedenfalls habe ich in all dem Wirrwarr, den Stürmen und was der Mensch durchzustehen hatte in meiner Heimat, immer noch Glück gehabt.“ So beschreibt Lena Grigoleit, 79-jährig, ihr

Leben. Ihre Lebenserinnerungen hat Ulla Lachauer festgehalten. Wer befürchtet, es handle sich um eine sentimentale Heimatschnulze, irrt.

Auf 130 Seiten lernen Leserinnen und Leser eine starke und kluge Frau kennen, deren Leben nach heutigen Maßstäben hart, entbehrungsreich und leidvoll war. Die Liebe zu ihrer Heimat und die ungebrochene Zuversicht der Lena Grigoleit sind das Herz

dieses Buches. Es sind die kleinen großen Weisheiten der „Paradiesstraße“, die dieses Buch so liebens- und lesenswert machen.

Als Buchhändlerin hatte ich das Glück, meine Leidenschaft für Bücher zum Beruf zu machen. Jetzt, als Bundestagsabgeordnete, bleibt mir nur wenig Gelegenheit für mein Hobby. Trotz-

dem finde ich immer Zeit zum Lesen: So schnell der ICE auch fährt, zwischen Berlin und Hannover passen immer einige interessante Kapitel. Bücherwurm bleibt Bücherwurm! Auf meiner Homepage erscheint monatlich ein Buchtipp. Die Tipps kommen aus meinem gesamten Team. Besonders freue ich mich über die Anregungen meines Auszubildenden.

Dass Lesen darüber hinaus auch zu guten Begegnungen führen kann, erlebte ich unlängst. Schon im ersten Gespräch mit Ulla Lachauer stellte ich fest, wie sehr wir darin übereinstimmen, dass Geschichte mehr sein muss als Jahreszahlen und historische Großereignisse, sie muss lebendig werden, Gestalt erhalten, erzählt werden. So wie die Geschichte von Lena Grigoleit.

Ulla Lachauer: Paradiesstraße; Rowohlt Verlag Reinbek, 1996, 158 Seiten

Gabriele Lösekrug-Möller, Jahrgang 1951, ist seit 2001 Bundestagsabgeordnete und Mitglied der SPD-Fraktion. Sie ist ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss und im Ausschuss für Arbeit und Soziales.



Gabriele Lösekrug-Möller (SPD).

Report: Verbindungsbüro in Brüssel Schneller Draht nach Europa

Die Bundestagsmitarbeiterin Vesna Popovic kommt kaum noch nach mit dem Händeschütteln: Ununterbrochen spuckt der Aufzug des modernen Brüsseler Bürogebäudes Gäste aus, mindestens acht auf einmal. Und jeden einzelnen begrüßt sie mit einem Lächeln. „Guten Abend! Schön, dass Sie da sind“, sagt die Frau mit den blonden Locken und dem dunkelroten Hosenanzug.

Frau Popovic ist stellvertretende Leiterin des Referats Europa des Bundestages. Sie arbeitet aber nicht am Sitz des Bundestages in Berlin, sondern in Brüssel. Anfang Februar hat sie gemeinsam mit Referatsleiter Sven Vollrath und einem kleinen Mitarbeiterenteam einen feierlichen Empfang in der belgischen Hauptstadt organisiert: Zur offiziellen Eröffnung des neuen Verbindungsbüros des Bundestages am wichtigsten Standort der Europäischen Union. Drei Mitarbeiter aus der Bundestagsverwaltung und sechs aus den Fraktionen werden künftig als „Frühwarndienst“ beobachten, welche politischen Fragen in der Europäischen Kommission, dem EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament sowie bei Stiftungen und Interessenverbänden diskutiert und welche Entscheidungen auf den Weg gebracht werden. „Die Mitarbeiter hier sollen aber nicht nur ein Horchposten sein, sondern ihre Informationen auch nach Berlin weiterleiten“, erläutert Bundestagspräsident Norbert Lammert beim Empfang. Bislang hätten manche europäischen Entscheidungsprozesse den Bundestag erst erreicht, als sie nicht mehr beeinflussbar waren. „Es ist wichtig, dass wir künftig rechtzeitig ins Spiel eingreifen“, sagt Lammert. Nur so könne der Bundestag seine Mitwirkungs- und Kontrollrechte bei der europäischen Gesetzgebung gegenüber der Bundesregierung wahrnehmen.

Eingeladen zur Eröffnung sind Abgeordnete aus dem Bundestag und aus dem Europäischen Parlament, Vertreter der Kommission sowie verschiedener Verbände und Organisationen. Wartende reichen Mäntel, Jacken, Schultertaschen und Rucksäcke an die Garderobenfrauen. Kellner balancieren volle Tablets. „Wasser, Saft, Sekt, Rot- oder Weißwein?“

Mit dem Büro in Brüssel soll ein dichtes Netzwerk entstehen. Dazu trägt auch die enge Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der EU bei. So kommen am Tag der Eröffnung des Verbindungsbüros Abgeordnete aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten zum Dritten Gemeinsamen Parlamentarischen Treffen zur



Diskussionsrunde anlässlich der Eröffnung des Verbindungsbüros des Deutschen Bundestages in Brüssel.



Lissabon-Strategie in Brüssel zusammen. Das zweite jährige Gesprächsforum von Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten hat der Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union gemeinsam mit dem Verbindungsbüro vorbereitet. Vor Ort sind auch Bundestagspräsident Norbert Lammert und Vizepräsidentin Susanne Kastner sowie Europapolitiker der Bundestagsfraktionen.

Dichtes Netzwerk

Dass der Bundestag jetzt im Herzen Europas präsent ist, kommt an hier in Brüssel. Das wird schon am Nachmittag deutlich. Da nämlich hat der Fernsehsender Phoenix anlässlich der Eröffnung zu einer Diskussionsrunde geladen, und die Podiumsgäste sind sich grundsätzlich einig: Die Bundestagsaußenstelle im Brüsseler EU-Viertel ist sinnvoll. So freut sich beispielsweise EU-Industriekommissar Günter Verheugen, dass das deutsche Parlament in der Europapolitik künftig stärker zu Wort kommen will. Auch wenn die „Vielstimmigkeit Deutschlands“ immer wieder beklagt werde, meint Verheugen, „es ist eben ein Stück lebendige europäische Geschichte, dass Deutschland nicht immer mit einer Stimme spricht.“

Mittlerweile ist es kurz vor neun an diesem Februarabend in Brüssel. Der Empfang heute ist vorüber – und für die Mitarbeiter im Verbindungsbüro beginnt nun die eigentliche Arbeit. Denn Berlin wartet darauf, dass Brüssel berichtet.

Mittlerweile ist es kurz vor neun an diesem Februarabend in Brüssel. Der Empfang heute ist vorüber – und für die Mitarbeiter im Verbindungsbüro beginnt nun die eigentliche Arbeit. Denn Berlin wartet darauf, dass Brüssel berichtet.

Mittlerweile ist es kurz vor neun an diesem Februarabend in Brüssel. Der Empfang heute ist vorüber – und für die Mitarbeiter im Verbindungsbüro beginnt nun die eigentliche Arbeit. Denn Berlin wartet darauf, dass Brüssel berichtet.

Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages in Brüssel

Square de Meeûs 40
B-1000 Brüssel

Tel.: (00 32) 2 5044 385
Fax: (00 32) 2 5044 398
E-Mail: verbindungsbuero-bruessel@bundestag.de

Politik heißt Detailarbeit.
Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten
ungewöhnliche Spezialgebiete.
Hier werden sie vorgestellt.

EXPERTEN



Ist es nicht egal, welche Eier im Kuchen sind, Frau Höfken?

Bestimmt nicht, denn Verbraucher haben ein Recht darauf, zu wissen, ob die Eier in Lebensmitteln aus Käfighaltung stammen oder aus tierfreundlicheren Haltungsformen. Deshalb sollten nach meiner Auffassung eihaltige Nahrungsmittel genauso gekennzeichnet werden wie Schaleneier. Für Eier der Güteklasse A gilt ja bereits seit 2004 eine Kennzeichnungspflicht. Das heißt, die Haltungsform der Legehennen muss auf der Verpackung angegeben werden. Kennzeichnung ist ein wichtiges Kriterium für die Kaufentscheidung der Verbraucher. Entsprechend ist auch der Marktanteil an Eiern aus Freiland- und Bodenhaltung seitdem erheblich gestiegen. Er hat sich fast verdoppelt. Viele Menschen ändern ihr Kaufverhalten, wenn sie gut informiert sind.

Meine Fraktion hat im November 2006 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, in der EU die Initiative zu ergreifen, damit die Kennzeichnungspflicht auch auf verarbeitete Eier ausgeweitet wird. Nudeln, Kekse, Backmischungen, Kuchen, auf denen bislang nur über die Zutaten verpflichtend informiert werden muss, sollten demnach künftig auch die Information über die Herkunft der verwendeten Eier enthalten. Damit erhöhte sich für die Verbraucher die Wahlfreiheit. Sie könnten sozusagen mit dem Einkaufskorb Tierschutzpolitik betreiben. Das fände ich gut. Ich bin sicher, dass die Eierwirtschaft die damit verbundene Entwicklung ernst nehmen wird und die Umstellung auf artgerechte Haltungssysteme vorantreibt.

Die Politik trüge mit der Annahme unseres Antrages zudem ihrem Staatsziel Tierschutz Rechnung. Auch das ist uns sehr wichtig.

Der Antrag liegt nun in den entsprechenden Ausschüssen. Leider ist zu erwarten, dass die große Koalition ihn nicht unterstützen wird. Denn auch beim Verbot der Käfighaltung hat sich vor allem die Union gegen den Tierschutz entschieden. Aber die Diskussion im Bundestag hat dennoch gezeigt, dass Bewegung in der Debatte ist. Der Druck und die Kaufentscheidung der Verbraucher unterstützen uns Grüne darin, uns weiterhin konsequent für den Tier- und Verbraucherschutz einzusetzen. Foto: studio kohlmeier

Ulrike Höfken (Bündnis 90/ Die Grünen), Jahrgang 1955, ist verbraucherpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: N. N.

Redaktion: Klemens Vogel, Petra Grampe bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-192
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold (Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68,
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann, Daniel Kirschner

Onlineproduktion: Sebastian Kreideweiß

Produktion: Patrick Pabst

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Petra Grampe
Fax: (030) 650 00-192
E-Mail: p.grampe@media-consulta.com

Druck: Koelblin Fortuna, Baden-Baden

Redaktionsschluss: 6. März 2007

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Assemblée nationale: S. 2 (oben); Deutscher Bundestag: S. 3 (unten), 6 (unten), 11 (unten), 13, 25 (unten), 26 (unten), 27 (unten), 28 (unten), 29 (unten); 30–32; 34, 35; Marc Mendelson (Grafiken): S. 7, 26; Picture-Alliance: S. 2 (unten), 3 (oben), 4, 5, 6 (oben), 7 (oben), 8–10, 11 (oben), 12, 18, 25 (oben), 27 (oben), 29 (oben), 33 (oben); Reuters: S. 24; studio kohlmeier: Titel, S. 1 (oben), 14–17, 19–23, 36; Tagesspiegel: S. 33 (unten);

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-192
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2007
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



BLICKPUNKT BUNDESTAG **online**

Den Bundestag immer im Blick

Blickpunkt Bundestag

NEWSLETTER

Lassen Sie sich regelmäßig über die aktuellen Themen und Beiträge aus dem Parlamentsgeschehen informieren: Mit dem BLICKPUNKT BUNDESTAG Newsletter erfahren Sie bequem per E-Mail, welche Reportagen, Interviews und Hintergrundberichte die neue Ausgabe des Bundestagsmagazins bietet. Ebenso benachrichtigt Sie der neue Onlinedienst über die Beiträge jeder Ausgabe von GLASKLAR, dem Jugendmagazin des Deutschen Bundestages.

- **Abonnieren** Sie den BLICKPUNKT BUNDESTAG Newsletter einfach und unkompliziert online unter www.blickpunkt-bundestag.de (Newsletter)
- Beachten Sie auch die anderen **Newsletter-Dienste** des Deutschen Bundestages, etwa die Pressemitteilungen des Bundestages, heute im [bundestag \(hib\)](http://bundestag.de/hib), und den News-Dienst der Wissenschaftlichen Dienste, zu bestellen unter www.bundestag.de/presse

www.blickpunkt-bundestag.de



Wir sind hier.

Eine gute Krankenversicherung ist da, wenn man sie braucht. Deshalb erhält jeder BKK Versicherte eine umfassende medizinische Versorgung, um schnell wieder auf den Beinen zu sein. Was können wir für Sie tun? www.bkk.de

